



SPD

**DIE KAMPAGNE ZUR
BUNDESTAGSWAHL 2005.**

Vertrauen in Deutschland.

Herausgeber:

SPD-Partei Vorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin, Telefon: (030) 2 59 91-0,
E-Mail: partei.vorstand@spd.de, Internet: www.spd.de

Konzeption und Gestaltung:

B U T T E R ■

November 2005

Seite 4	VORWORT
Seite 6	ORGANIGRAMM
Seite 7	DIE KAMPA 2005
Seite 8	DIE AUSGANGSLAGE
Seite 10	DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE
Seite 25	DIE WAHLKAMPFMATERIALIEN
Seite 34	DIE WAHLKAMPFTOUR
Seite 36	UNTERSTÜTZER/WAHLINITIATIVEN UND TESTIMONIALS
Seite 37	DER ONLINE-WAHLKAMPF
Seite 40	INFORMATION UND MOBILISIERUNG
Seite 42	DAS ERGEBNIS



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser!

Dies war ein wilder Bundestagswahlkampf, und dies in mehrfacher Hinsicht:

Er kam zunächst aus dem toten Winkel. Die Entscheidung von Gerhard Schröder und Franz Müntefering nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen, ein Votum der Wählerinnen und Wähler zu suchen, war mutig und im Interesse Deutschlands zugleich. Aber weder die Öffentlichkeit noch die Partei noch wir im Willy-Brandt-Haus waren auf einen Bundestagswahlkampf vorbereitet.

Mit der Ankündigung von Franz Müntefering und Gerhard Schröder am Wahlabend der Nordrhein-Westfalen-Wahl, Neuwahlen zu suchen, hatten wir für alle Arbeiten, die mit einem Bundestagswahlkampf verbunden sind, insgesamt nur 119 Tage Zeit.

Dieser Wahlkampf war aber auch in anderer Hinsicht äußerst ungewöhnlich, weil wir als SPD aus einer fast hoffnungslosen demoskopischen Situation starten mussten. Stimmungswerte von knapp 25%, nach Meinung der Demoskopien ein Verlust von der Hälfte der Wählerinnen und Wähler von 2002 – das waren nur einige Zahlen, die uns Woche für Woche erreichten und mit denen die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer der SPD tagtäglich auch medial eingedeckt wurden.

Und dieser Wahlkampf war auch deswegen ungewöhnlich, weil wir in einer völlig veränderten Konkurrenzsituation die Kampagne aufbauen mussten: Die erweiterte PDS stellte nicht nur die SPD in den neuen Bundesländern vor neue Herausforderungen.

Die Ergebnisse unseres Wahlkampfes sind bekannt und müssen nicht wiederholt werden, sie sind ein relativer Erfolg. Diese Dokumentation soll einen Überblick über verschiedene Wahlkampfinstrumente geben und auch ein wenig von der Denk- und Arbeitsweise vermitteln, die wir in der Kampa im WBH genutzt haben.

„Vertrauen in Deutschland.“ war eine zentrale argumentative Achse unserer Kampagne. Gegen die Stimmungsmache und das Schlechtrede des Landes setzten wir von Anfang an eine optimistische und positive Grundbotschaft. Der Vertrauensbegriff war natürlich gerade im engen zeitlichen Zusammenhang mit der Vertrauensfrage im Deutschen Bundestag provokativ, und das war auch so gemeint. Es gibt den philosophischen Grundsatz, dass man immer an der stärksten Stelle der opponierenden Argumentation ansetzen muss, und dies ist mit dem Reklamieren des Vertrauensbegriffs für die SPD verbunden. Es verbindet sich auch mit unserer Grundhaltung als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Wir sind fest davon überzeugt und haben dies im Wahlkampf immer wieder deutlich gemacht, dass dieses Land stark ist und nur durch eine Aktivierung seiner Erfahrungen die kommenden Herausforderungen bewältigen kann.

Eine wesentliche Grundlage für den relativen Erfolg im Bundestagswahlkampf war die richtige Positionierung der Kampa im WBH als Parteizentrale inmitten der SPD, eine intensive Verzahnung von dezentralen und zentralen Wahlkampfaktivitäten und die Grundentscheidung, keinen Top-down-Wahlkampf zu führen.

Franz Müntefering hat sehr früh darauf hingewiesen, dass der Bundestagswahlkampf 2005 „keine Inszenierung der Inszenierung“ sein wird. Sicherlich: Moderne Wahlkämpfe sind auch Medienwahlkämpfe und gegen die Medien kann man sich nicht durchsetzen.

Aber allein durch die Medien kann man auch keinen Wahlkampf gewinnen, und eine wesentliche Erfahrung dieser Monate war für mich, dass unser stärkstes Pfund überzeugte Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den 299 Wahlkreisen sind, die in ihrer Freizeit am Feierabend, am Wochenende für unsere Grundwerte argumentieren und die Meinungsbildung in Millionen Gesprächen vorantreiben.

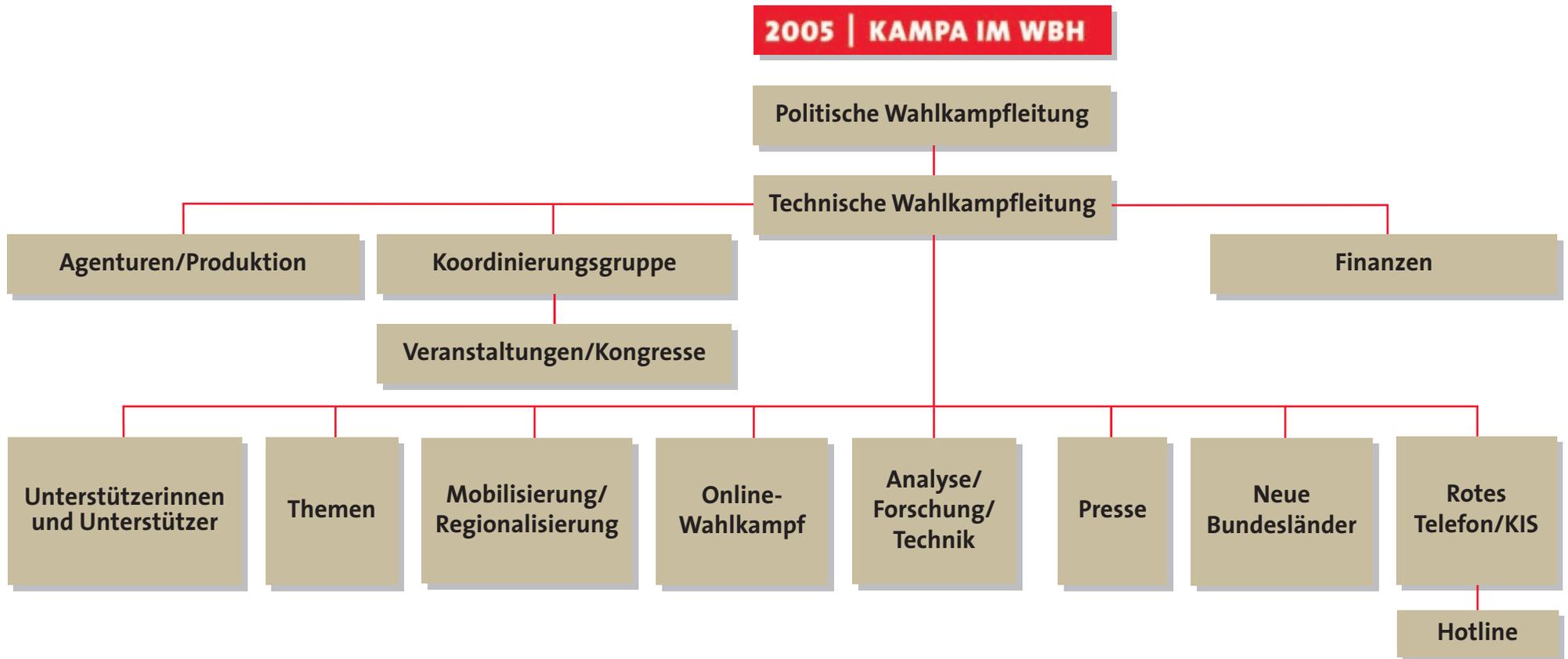
Die entscheidende Grundlage war der furiose Wahlkampf unseres Spitzenmannes und Bundeskanzlers Gerhard Schröder. Er hat auf unzähligen Marktplätzen und in zahllosen Hallen das Meinungsklima verändert. Dieser Einsatz war beispielhaft und beispielgebend. Und: Wir haben diesen Wahlkampf gemeinsam geführt auf einer klaren programmatischen Grundlage. Mit der Verabschiedung des Wahlmanifestes am 4. Juli waren die wesentlichen inhaltlichen Grundlinien für unseren Wahlkampf gelegt.

Das war sicherlich nicht ein Wahlkampf nach dem Lehrbuch. Die üblichen Schrittfolgen und Phasen konnte man getrost vergessen. Die Chance lag in der Paradoxie sehr hoher Zustimmungswerte für die Union, einer fast hoffnungslosen Ausgangslage für die SPD und in der Dynamik, Themen und Zuspitzungen zu finden, zu definieren und medial und im Straßenwahlkampf der Partei durchzusetzen.

Diese Dokumentation zeigt nur einen kleinen Teil des Wahlkampfes und kann sicherlich nicht vollständig sein. Allein die Wahlkampfarbeit der Jusos und Jungen Teams und der so genannten 60plus-Teams verdient eine eigene Dokumentation. Sie waren an vielen Stellen das Rückgrat des Wahlkampfes in den Wahlkreisen. Es gab viele gute Ideen aus den Wahlkreisen, die wir gerne aufgegriffen haben. Wir haben uns bemüht, die Kreativität, die Kraft der SPD zu nutzen und ihr nicht im Wege zu stehen – es hat weitgehend geklappt und geholfen.



Euer
Kajo Wasserhövel





DIE AUSGANGSLAGE

GRUNDSTIMMUNG

Mit der Ankündigung von Neuwahlen am Abend des 22. Mai 2005 setzte eine dramatische Wechselstimmung im Land ein.

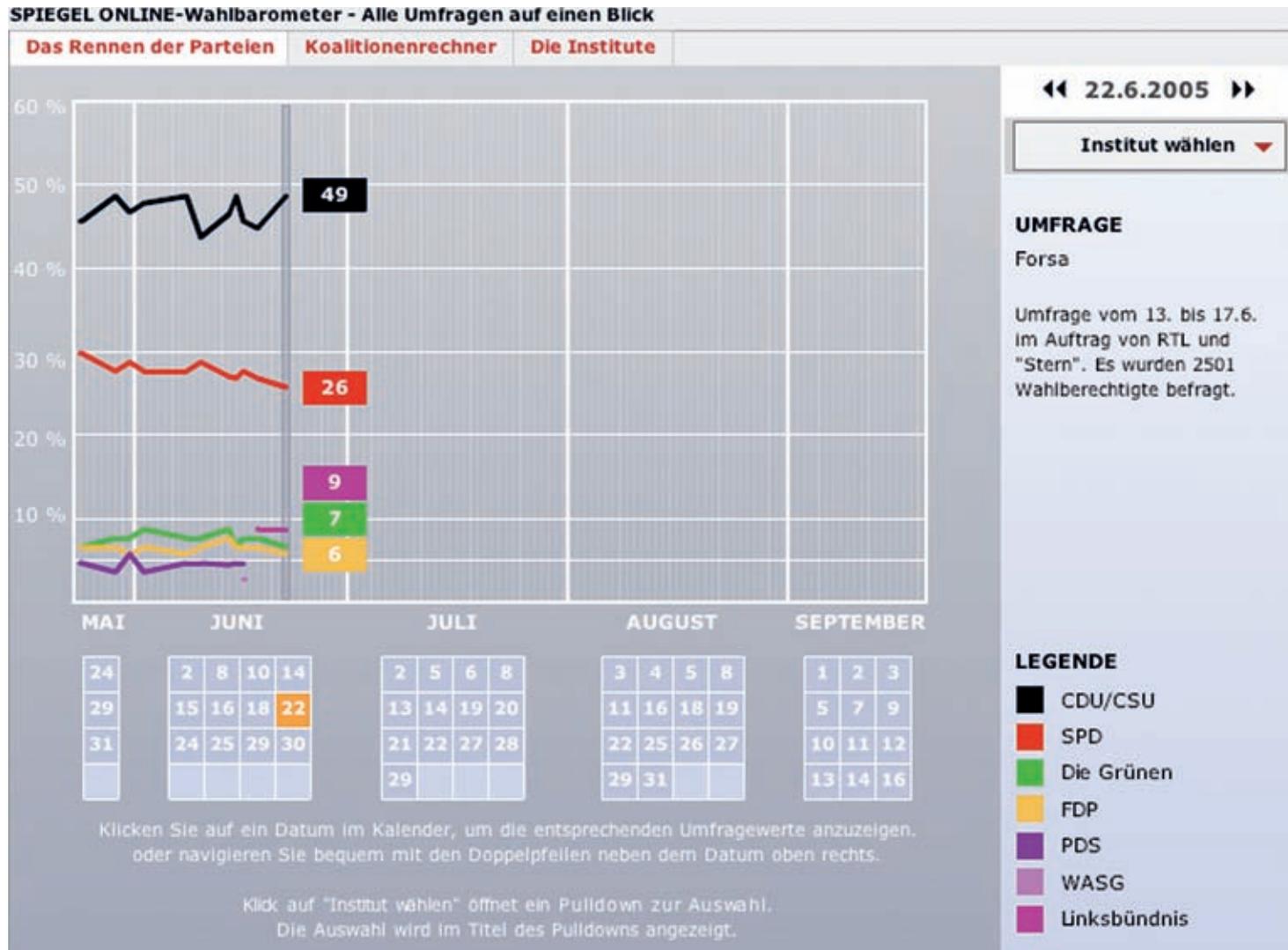
Eine klare Mehrheit für CDU/CSU und FDP galt als selbstverständlich. Die wirtschaftliche Situation des Landes wurde täglich düsterer beschrieben. In der veröffentlichten Meinung sollte „durchregiert“ werden.

Und die Umfragewerte der Meinungsforschungsinstitute bestätigten Woche für Woche den deutlichen Vorsprung der Union.

Der Bundeskanzler und die SPD kamen in der Berichterstattung nur noch in Nachbetrachtungen vor.

AM 21. JULI RIEF BUNDESPRÄSIDENT KÖHLER SCHLIESSLICH NEUWAHLEN AUS. DER WAHLKAMPF KONNTE BEGINNEN.





DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Großflächenplakate – Dekade 1

Die SPD stand vor der sehr schwierigen Frage, wie man einen Wahlkampf eröffnet, der für Medien und Menschen bereits entschieden schien. Es musste ein neuer Weg gefunden werden.

Aus Untersuchungen war bekannt, dass die SPD inhaltlich in drei Feldern punkten konnte: Mut zu Reformen, Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit. Diese Felder wurden in fünf Plakaten bearbeitet und am Ende immer mit der Frage versehen: „Aber wofür stehen die anderen?“ Damit sollten die Menschen zum Nachdenken gebracht werden.

Grafisch unterstützt wurde der neue Stil durch einen völlig neuen Auftritt der SPD mit dem Hintergrundfarbton Umbra. Er löste das bisher übliche Blau ab und sorgte durch seine Außergewöhnlichkeit für neue Aufmerksamkeit.



Vertrauen
in Deutschland.

**WIR STEHEN FÜR DEN
MUT ZUM FRIEDEN.**

**ABER WOFÜR STEHEN
DIE ANDEREN?**



**WIR STEHEN FÜR
SOZIALE
GERECHTIGKEIT.**

Vertrauen
in Deutschland.

**ABER WOFÜR STEHEN
DIE ANDEREN?**



**WIR STEHEN FÜR DEN
MUT ZU REFORMEN.**

Vertrauen
in Deutschland.

**ABER WOFÜR STEHEN
DIE ANDEREN?**



**WIR STEHEN FÜR
MODERNE
FAMILIENPOLITIK.**

Vertrauen
in Deutschland.

**ABER WOFÜR STEHEN
DIE ANDEREN?**



**WIR STEHEN FÜR DEN
KÜNDIGUNGSSCHUTZ.**

Vertrauen
in Deutschland.

**ABER WOFÜR STEHEN
DIE ANDEREN?**

DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Großflächenplakate – Dekade 2



In der zweiten Dekade kam erstmals der Kanzler werblich zum Einsatz. Die drei zentralen Themen der SPD-Kampagne wurden einem Bild des Kanzlers zugeordnet, wie man ihn aus der politischen Berichterstattung kennt. Also keine Studiobilder, sondern reale Bilder des Presse-

fotografen Marco Urban, der den Kanzler im Juni/Juli begleitete. Schweiß auf der Stirn blieb Schweiß auf der Stirn, es fand keine künstlich anmutende Retusche statt. Wie der gesamte Wahlkampf sollten auch die Plakate echt und ernst wirken.

Das Plakatmotiv der dritten Dekade zeigt den Kanzler in einem sehr intensiven Porträt des Fotografen Konrad R. Müller.

Die Worte „Kraftvoll. Mutig. Menschlich.“ standen auf diesem Plakat sowohl für die Person Gerhard Schröder als auch für den Willen der SPD, das Land auch in Zukunft ebenso kraftvoll wie mutig zu führen, ohne dabei die Menschlichkeit unter die Räder kommen zu lassen.

In der letzten Woche vor der Wahl wurde dieses Motiv noch mit dem Aufkleber „Damit Deutschland sozial bleibt – beide Stimmen: SPD“ ergänzt.



DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Themenplakate



**FÜR DEN
FRIEDEN.
GEGEN BLINDE
GEFOLGSCHAFT.**



Vertrauen
in Deutschland.

www.spd.de



**FÜR MODERNE
FAMILIEN-
POLITIK.
GEGEN DEN
RÜCKSCHRITT.**



Vertrauen
in Deutschland.

www.spd.de



**FÜR CHANCEN-
GLEICHHEIT.
GEGEN
STUDIEN-
GEBÜHREN.**



Vertrauen
in Deutschland.

www.spd.de



**FÜR SOZIALEN
FORTSCHRITT.
GEGEN
SOZIALEN
KAHLSCHLAG.**



Vertrauen
in Deutschland.

www.spd.de



**FÜR DEN
KÜNDIGUNGS-
SCHUTZ.
GEGEN
DIE WILLKÜR.**



Vertrauen
in Deutschland.

www.spd.de



**FÜR DEN
ATOMAUSSTIEG.
GEGEN NEUE
ATOMKRAFT-
WERKE.**



Vertrauen
in Deutschland.

www.spd.de

Die Themenplakate kommunizierten zum einen die zentralen Wahlkampfthemen der SPD. Zum anderen machten sie aber auch sehr deutlich, was die Alternativen dazu sind.

Die Plakate wurden direkt durch die Partei plakatiert. Neben den hier abgebildeten gab es weitere mit den Aussagen: ■ Für faire Steuern. Gegen Mehrwertsteuererhöhung. ■ Für den Gemeinsinn. Gegen die Gier. ■ Für die Bürgerversicherung. Gegen die Kopfpauschale. ■ Für faire Löhne. Gegen Lohndumping.

DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Angriffsplakate



Direkt gegenüber vom Willy-Brandt-Haus hatte die SPD für die gesamte Wahlkampfzeit drei nebeneinander befindliche Plakataflächen gebucht. Auf diesen konnte fast tagesaktuell auf das politische Geschehen reagiert und der politische Gegner angegriffen werden.

Die Medien nahmen diese Plakatmotive dankbar auf und verbreiteten deren Botschaften durch ihre Berichterstattung kostenlos für die SPD im ganzen Land. Die Themen: die anfängliche Konzeptlosigkeit der politischen Gegner und die Zumutungen, die der Bevölkerung durch Programmatik und Personal der Union drohten.



VON WEM WERDEN SIE LIEBER GESCHRÖPFT?



● Paul Merz



● Friedrich Kirchhof

Sie zahlen drauf mit Merkel-Merz und Kirchhof-Kahlschlag:
Schichtarbeiter, Pendlar, Nachtarbeiter, Familien, Auszubildende, Studenten...

www.spd.de

Auch im Inneren des Willy-Brandt-Hauses wurde das große Interesse der Medien genutzt. Weitere Plakate wurden strategisch so positioniert, dass sie bei Berichterstattungen und Interviews möglichst oft zu sehen waren.

DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Spots



Ein Großteil der TV-Kampagne war ganz auf den Bundeskanzler zugeschnitten. Ein 60-sekündiger Spot auf ARD/ZDF sowie ein 30 Sekunden langer auf den privaten Sendern setzten ihn ernsthaft und ohne Schnörkel in Szene.

TV: DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN BUNDESKANZLER, 60"

Im ersten Teil des 60-Sekunden-Spots geht der Bundeskanzler im geschäftigen Schritt mit einem Stab von Mitarbeitern durch das Kanzleramt direkt auf die Kamera zu. Aufgelockert wird dies durch schnelle Zwischenschnitte, in denen man Gerhard Schröder bei öffentlichen Auftritten, Reden und Besichtigungen sieht. Für zusätzliche Dynamik sorgt eine eigens komponierte Musik, die während des gesamten Spots im Hintergrund läuft.

Eine Stimme begleitet diesen Part und macht deutlich, welche Eigenschaften und Themenbereiche für einen deutschen Bundeskanzler unverzichtbar sind:

- Deutschland braucht einen Bundeskanzler, der für eine moderne Familienpolitik eintritt.
- Deutschland braucht einen Bundeskanzler, der den Atomausstieg weiter durchsetzt.
- Deutschland braucht einen Bundeskanzler, der für neue Arbeit auch die Wirtschaft in die Pflicht nimmt.
- Deutschland braucht einen Bundeskanzler, der sich stark macht für den Kündigungsschutz.
- Deutschland braucht einen Bundeskanzler, der mutig unser Land erneuert.

- Deutschland braucht einen Bundeskanzler, der sich entschlossen für die soziale Gerechtigkeit einsetzt.
- Deutschland braucht einen Bundeskanzler, der standhaft bleibt für den Frieden.

Gleichzeitig werden die einzelnen Aspekte in Schlagworten mit eingeblendet.

Am Ende des Spots wendet sich der Bundeskanzler mit großer Eindringlichkeit direkt an die Zuschauer. Gerhard Schröder: „Deutschland ist auf dem richtigen Weg. Es ist der sicherste und gerechteste Weg in eine gute Zukunft. Dafür stehe ich.“



TV: SIE ENTSCHEIDEN, 30"

Im 30-Sekunden-Spot spricht der Bundeskanzler von Anfang an zum Wähler und macht ihm deutlich, vor welcher Entscheidung er am 18. September steht.

Gerhard Schröder:

„Sie entscheiden, ob die Marktwirtschaft sozial bleibt.

Sie entscheiden, ob Deutschland starke Friedensmacht in der Welt bleibt.

Sie entscheiden, ob in unserem Land alle eine Chance auf Bildung, Teilhabe und Wohlstand haben.

Deutschland ist auf dem richtigen Weg. Es ist der sicherste und gerechteste Weg in eine gute Zukunft. Dafür stehe ich.“



TV: MERKEL-MINUS, 30"

Wie im gesamten Wahlkampf war die unausgewogene Steuer- und Kürzungspolitik von Frau Merkel und der Union auch im TV ein Thema, anhand dessen die SPD ihre soziale Kompetenz hervorheben und die ungerechte Politik der Union verdeutlichen konnte. Das Reizwort, das die Belastungen für Bürgerinnen und Bürger plakativ zusammenfasste: das Merkel-Minus.

Anhand von Beispielen wird aufgezeigt, welche jährliche finanzielle Belastung bei einer CDU/CSU-geführten Regierung auf die Menschen zukommen würde.

Zusätzlich kommentiert dies ein Sprecher:
„Achtung! Das bedeuten die CDU/CSU-Pläne für Sie: Eine Krankenschwester zahlt für die Steuerattacke der Union fast 500 Euro,

ein Facharbeiter im Schichtbetrieb verliert über 1.000 Euro,

eine Familie mit Kindern in der Ausbildung zahlt fast 3.600 Euro mehr im Jahr.

Und wofür? Für die Senkung der Spitzensteuer um über 3 Milliarden Euro. Deutschland muss sozial bleiben. Am 18. September: SPD.“



KINO: ZU LANGE?, 50"

Inmitten eines Umfeldes, das sich normalerweise durch Action, Effekte, Lautstärke und teure Inszenierung auszeichnet, setzt der Kino-Spot einen innovativen, überraschenden Kontrapunkt. Er konfrontiert den Zu-

schaumer mit einem einzigen Standbild. Es zeigt Dr. Westerwelle, Dr. Merkel und Dr. Stoiber auf einer Bundespressekonferenz. Nach 40 quälend langen Sekunden wurde das Kinopublikum schließlich erlöst.

Mit der Frage: 40 Sekunden sind Ihnen schon zu lang?

Aus den Kinos wurde von spontanem Beifall bis hin zu regelrechtem Jubel berichtet.

DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Spots



IMAGEFILM: DEUTSCHLAND 2005

Dieser 5-minütige Film wurde vor vielen hunderttausend Menschen auf Großveranstaltungen unmittelbar vor dem Einzug des Bundeskanzlers oder des Parteivorsitzenden gezeigt.

Der Spot konterkariert das Schlechttreden des Landes durch die Union und Frau Merkel („Noch nie ging es Deutschland so schlecht wie heute“) mit positiven Fakten zu Deutschland und zeigt auf, welche Fortschritte unter

sieben Jahren rot-grüner Regierung erzielt wurden. Der Film endet mit einem leidenschaftlichen Bekenntnis zum Land und zu den Menschen. Denn die SPD hat „Vertrauen in Deutschland“.



INTERNET: DIE KUGEL, 50"

Mitten im Wahlkampf hat die SPD innerhalb von 48 Stunden auf Basis von Gerüchten um den angeblichen CDU-Wahlspot auf volles Risiko einen Antwort-Spot produziert. Der Bundesgeschäftsführer der SPD stellte den Spot „Die Kugel“ dann der Presse vor, ohne zu wissen, ob die CDU ihren Kugel-Spot tatsächlich gedreht hatte. Am nächsten Tag wurde der CDU-Generalsekretär bei seiner Spot-Präsentation auf dem falschen Fuß erwischt. Die Journalisten hatten am Tag zuvor bereits die Persiflage darauf gesehen. Der Spot, der nie im Fernsehen eingebucht wurde, wurde in zahlreichen TV-Beiträgen kostenlos ausgestrahlt und ging auf CNN sogar um die Welt.

Der Ablauf des Spots: Wir blicken auf die Statur einer Frau im apricotfarbenen Kostüm – in der Farbe, in der Frau Merkel zu dem Zeitpunkt am liebsten in der Öffentlichkeit auftrat. Die Frau fängt eine Kugel auf, die, wie im CDU-Spot, einen Tisch entlangrollt. Sie wirft die Kugel mehrfach in ihren Händen hin und her, bis sie ihr schließlich entgleitet und zu Boden fällt.

Das Hin und Her wird von einem Sprecher kommentiert: „Frau Merkel will angeblich keine deutschen Soldaten im Irak. Aber noch vor zwei Jahren wollte sie auch militärische Mittel einsetzen.“

Frau Merkel war vor kurzem noch gegen eine höhere Mehrwertsteuer. Jetzt will Frau Merkel die Mehrwertsteuer erhöhen.

Frau Merkel wollte die Pendlerpauschale erst ganz abschaffen, dann teilweise, dann vielleicht doch wieder ganz.

Frau Merkel möchte, dass die Bruttolöhne sinken. Oder die Nettolöhne steigen. Oder die Bruttolöhne steigen? Oder brutto, netto, Nettolöhne, brutto, netto, steigen, sinken?

Frau Merkel kann sich nicht entscheiden. Aber Sie können es.“

SPD **VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND.**

Bundeskanzler Gerhard Schröder und die SPD streben Neuwahlen an.

Wir haben begonnen, unser Land zu erneuern. Wir haben getan, wozu andere viel Zeit, aber keinen Mut hatten. Wir handeln entschlossen, wo andere blockieren. Wir reden Klartext, wo andere nur taktieren.

Mit unserer Politik hat Deutschland eine gute Zukunft.

Vieles ist schon erreicht. Vieles ist auf gutem Weg. Manches muss noch begonnen werden.

Wir sind entschieden und zum Handeln bereit.

Wir werden gemeinsam die Ziele erreichen, wenn wir auf dem richtigen Weg bleiben und ihn sozial und demokratisch gestalten:

Wir wollen Wohlstand für unser Land, mit einer erfolgreichen Wirtschaft und gerechter Teilhabe aller.

Wir wollen einen starken und sozialen Staat, der seinen Menschen Sicherheit gibt und ihnen so Chancen eröffnet.

Wir wollen eine menschliche Gesellschaft, die sich der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet fühlt, in Deutschland und in Europa.

Mit Bundeskanzler Gerhard Schröder haben wir die Grundlagen dafür geschaffen. Wir haben Vertrauen in die Kraft der Menschen und in unsere Reformen anzupacken und Gutes daraus zu machen.

Vertrauen in Deutschland.

Weitere Informationen über die SPD und unser Wahlmanifest finden Sie auf www.spd.de

Zum Auftakt des Wahlkampfes schaltete die SPD in überregionalen Tageszeitungen eine Anzeige, in der sie auf ihre Ziele und auf das Motto ihres Wahlmanifestes aufmerksam machte, das gleichzeitig auch ihr Slogan für den Wahlkampf war. „Vertrauen in Deutschland“ wurde so zum ersten Mal inhaltlich mit Leben gefüllt.

Während Frau Merkel und andere prominente Politiker der Union sich gegenseitig darin überboten, die Situation im Land am schwärzesten zu malen, zeigten sich immer mehr Erfolge der rot-grünen Reformpolitik. Wie man diese Erfolge am glaubwürdigsten kommuniziert? Indem man sich der objektiven Meinung der Presse bedient.

„EXPERTEN GLAUBEN FEST AN DEN AUFSCHWUNG“
Der Tagesspiegel, 24.08.2005

„DAS AUSLAND FEIERT DEUTSCHEN STANDORT“
Welt am Sonntag, 21.08.2005

„GUT GEMACHT, DEUTSCHLAND“
Manager Magazin, 04.08.2005

„SOGAR DIE ARBEITSLOSIGKEIT BEGINNT ZU SINKEN“
Economist, 20.08.2005

„Noch nie ging es Deutschland so schlecht wie heute“
Angela Merkel, 11.07.2005

„REFORMEN ZEIGEN ERSTE ERFOLGE“
Capital, 07.07.2005

„DEUTSCHLAND ZÄHLT ZU DEN 6 WETTBEWERBSFÄHIGSTEN STANDORTEN DER WELT“
Weltwirtschaftsforum

„KONJUNKTURKLIMA IN DEUTSCHLAND STARK VERBESSERT“
Spiegel Online, 23.08.2005

**Keine Chance den Miesmachern!
Deutschland ist auf dem richtigen Weg.**

Viele Experten aus dem In- und Ausland zollen Gerhard Schröder und allen Deutschen Respekt dafür, wichtige Reformen gemeinsam angepackt zu haben. Es geht voran.

Aber Frau Merkel und ihre Helfer reden weiter alles schlecht. Die Arbeitslosigkeit ist seit Februar um fast eine halbe Million zurückgegangen, die Wirtschaftsindikatoren zeigen steil nach oben, der Export brummt.

Doch CDU/CSU und FDP passt das nicht. Sie brauchen schlechte Zahlen, um ihre ungerechten neoliberalen Vorhaben zu rechtfertigen.

Frau Merkel macht Wahlkampf auf Kosten Deutschlands. Sie ist nicht geeignet, dieses Land zu führen.

Bundeskanzler Gerhard Schröder erneuert Deutschland und erhält den sozialen Zusammenhalt.

SPD **Damit unser Land sozial bleibt.**
Am 18. September: SPD

Vertrauen in Deutschland. www.spd.de

DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Anzeigen

SPD
Vertrauen in Deutschland.

Liebe Lesartinnen und Leser der Superliga,
unser Land steht am 18. September vor einer Richtungsentscheidung: Es geht um den Weg, der Deutschland sowohl im Inneren als auch nach außen gehen soll.

Deutschland hat sich unter meiner Regierung in den vergangenen Jahren als mittlere Friedensmacht in der Welt engagiert. Wir übernehmen Verantwortung, wenn es darum geht, Menschenrechte und **FRIEDEN** zu sichern. Aber immer dann, wenn wir nicht überzeugt sind, sagen wir Nein. Diese Standhaftigkeit und diese Unabhängigkeit in unseren Entscheidungen müssen wir uns erhalten. Unter meiner Regierung, darauf können Sie sich verlassen, wird über deutsche Außenpolitik auch in Zukunft allein in Berlin entschieden.

Auch im Inneren gilt es, den Frieden zu wahren. Wir dürfen nicht zurückfallen in die Zeiten, in denen das soziale in unserer Gesellschaft zur Seite gedrängt war.
Wir brauchen eine Gesellschaft, die den Menschen **CHANCEN** eröffnet. Ich bin dankbar, dass ich die Möglichkeit hatte, mein Altkoln in der Abendkurse nachhaken und studieren zu können. Deshalb bin ich gegen Studiengebühren, wie vom CDU und FDP geplant. Sie schränken den freien Zugang zu den Hochschulen ein, wir alle sollten nicht zulassen, dass in unserem Land der Gebühren der Eltern über Bildungschancen und damit über Berufsaussichten entscheiden.

Wir Deutschen haben bewiesen, dass wir zu Gemeinsamkeit und Solidarität bereit sind. Der **AUFBAU OST** ist dafür das beste Beispiel. Auch wenn noch sehr viel zu tun ist: Wir sind auf dem richtigen Weg. Und mit mir wird die konsequente Förderung der neuen Länder auch weiterhin Bestand haben.

Nur eine soziale Gesellschaft garantiert sozialen Frieden und sichert unsere Zukunft. Das darf nicht in Frage gestellt werden. Besonders nicht durch einen unverantwortlichen Republikaner, der so tut, als könnten wir ohne jede Veränderung des Einkommens bewahren, sich hin überfrachten. Nur mit Reformen, wie meine Regierung sie begonnen hat, werden wir unsere soziale Gesellschaft für uns und unsere Kinder verteidigen.

Dabei muss ganz klar sein: **REFORMEN** müssen sozial ausgewogen sein. Was von CDU und FDP geplant wird, etwa durch die Abschaffung der Kindergeldzuschüsse, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Kürzung der Pendlerspauschale, die Streichung der Steuerfreiheit von Rauch-, Sonn- und Feiertagszuschlägen, ist zurecht unsozial, kostet Arbeitsplätze und belastet finanziell die soliden Einkommensschichten. Das darf nicht Wirklichkeit werden. Das wird es mit mir und der SPD nicht geben!

SIE ENTSCHEIDEN am 18. September über den Weg, den unser Land gehen wird. Ich stehe für den Weg der Solidarität, der sozialen Reformen und des Friedens. Er ist der beste für unser Land.

Sie
Gerhard Schröder

Deutschland hat sich zu einer internationalen Friedensmacht entwickelt.
Wir haben Europa geehrt, wo es möglich ist, um Konflikte auf dem diplomatischen Weg zu lösen.
Deutschland hat sich nicht um kein einzig Mitglied der großen Nationen (Große Britanniens, Frankreich, Italien) zu tun, und ohne Rücksicht.
Wir haben die internationale Verantwortung deutlich wahrgenommen.

Mit dem Erhalt des Sozialstaats gehen wir vor.
Wir haben die besten für den Weg in Zukunft nicht verpasst, wir werden es auch weiterhin tun.
Wir sorgen dafür, dass jeder junge Mensch unter 25 ein Arbeits-, Ausbildungs- oder Qualifizierungsangebot bekommt.

Unsere Kinderpolitik greift die unsozialen Industrieerwerbsleistungen an und die 18. Steuerpositionen aus der Einkommensteuer. Das Programm „Jahresbonus“ hat die Lebensmittelpunkte vieler Menschen verändert, die unsozialen werden wieder abgebaut.
Wir werden das Arbeitsrecht 9 auf Werkverträge ausbauen.
Einkommensteuer für Rentnerinnen abgebaut, dadurch werden wir die Einkommenssteuern 2008 wieder senken.

Aufgrund unserer Einkommenssteuerleistungen ist in diesem Bereich ein großer Schritt gemacht worden.
Wir stehen für eine soziale Arbeitsmarktpolitik, die Qualität der Bildung und Ausbildung und jede hat jetzt Anspruch auf ein mit allen Bildungsmöglichkeiten, Teilnehmern und Arbeitsstellen.

Wir sorgen für gesunde Lebensweisen und möglich ist, auch heute eine gesunde Ernährung zu gewährleisten.

Ein besonderer Schwerpunkt war für die SPD das Thema „Ostdeutschland“. In mehreren Anzeigen machte sie die eigene Programmatik zum „Aufbau Ost“ deutlich und wies gleichzeitig eindringlich auf die unsozialen und konzeptionslosen Pläne des politischen Gegners gerade auch in Bezug auf die neuen Bundesländer hin.

WARUM CDU/CSU OSTDEUTSCHLAND SCHADEN.

HEUTE: DIE UNSOZIALE KOPFPAUSCHALE.

Die SPD will endlich die unsoziale Kopfpauschale abschaffen. Diese Pauschale ist ein Merkmal dafür, dass die CDU/CSU immer noch ein Land hat, in dem die Menschen nicht gleichberechtigt leben dürfen.

Die unsoziale Kopfpauschale ist ein Merkmal dafür, dass die CDU/CSU immer noch ein Land hat, in dem die Menschen nicht gleichberechtigt leben dürfen. Die unsoziale Kopfpauschale ist ein Merkmal dafür, dass die CDU/CSU immer noch ein Land hat, in dem die Menschen nicht gleichberechtigt leben dürfen.

DAMIT GERHARD SCHRÖDER KANZLER BLEIBT. AM 18. SEPTEMBER SPD WÄHLEN.

SPD
Vertrauen in Deutschland.

WARUM CDU/CSU OSTDEUTSCHLAND SCHADEN.

HEUTE: DIE KÜRZUNG DER PENDLERPAUSCHALE.

Die SPD will endlich die unsoziale Kopfpauschale abschaffen. Diese Pauschale ist ein Merkmal dafür, dass die CDU/CSU immer noch ein Land hat, in dem die Menschen nicht gleichberechtigt leben dürfen.

Die unsoziale Kopfpauschale ist ein Merkmal dafür, dass die CDU/CSU immer noch ein Land hat, in dem die Menschen nicht gleichberechtigt leben dürfen. Die unsoziale Kopfpauschale ist ein Merkmal dafür, dass die CDU/CSU immer noch ein Land hat, in dem die Menschen nicht gleichberechtigt leben dürfen.

DAMIT GERHARD SCHRÖDER KANZLER BLEIBT. AM 18. SEPTEMBER SPD WÄHLEN.

SPD
Vertrauen in Deutschland.

FAKTEN STATT VERSPRECHUNGEN: MERKEL UND LAFONTAINE SIND SCHLECHT FÜR DEN OSTEN.

SPD
Vertrauen in Deutschland.

Die SPD hat dringend notwendige Reformen eingegriffen für die Arbeit und Markt, aber nicht den Ostparten. Unser Weg ist nicht einfach, das wissen wir. Aber:

- Wir sorgen dafür, dass jeder arbeitende Jugendliche unter 25 ein Arbeits- oder Qualifizierungsangebot bekommt.
- Durch das Programm „Jahresbonus Ost“ haben sich die Lebensmittelpunkte für viele Menschen verbessert. Arbeitsplätze werden Menschen näher an die Region.

Wir haben in unserem Wahlkampf „Vertrauen in Deutschland“ deutlich hervorgehoben:

- Für die Aufhebung des ALG II auf Westdeutschland.
- Für die Verlängerung der Arbeitslosengeld für die Förderung der Wirtschaft.
- Für die stärkere Unterstützung der Familien und bessere Kinderbetreuung.
- Für eine soziale Bürgerrente.
- Für starke Gewerkschaften und Arbeitsmarktpolitik.
- Für eine faire, auch durch tarifliche oder gesetzliche Mindestlöhne.

Wir stehen für eine bessere Zukunft. **Wahlkampf: Gerhard Schröder, Wolfgang Thierse, Hans-Joachim Lauth, Christian Martsch, 18. September, Jürgen Heidekamp, Wolfgang Thierse**

Wie in vielen anderen Medien setzte sich die SPD auch in Anzeigen mit der sozialen Ungleichgewogenheit des Unionsprogramms und den handelnden Akteuren auseinander. Frau Merkel und der Radikal-Reformer Paul Kirchhof erwiesen sich dabei als besondere Kontrastpunkte zu den Inhalten der SPD.

MERKEL-MINUS -3596 EURO (Familie)

MERKEL-MINUS -474 EURO (Krankenschwester)

MERKEL-MINUS -324 EURO (Rentner-Ehepaar)

MERKEL-PLUS +4245 EURO (Unternehmensberater)

RADIKAL UNSOZIAL: DIE CDU/CSU-PLÄNE FÜR DEUTSCHLAND.

Den meisten Menschen ginge es schlechter mit CDU/CSU. Und Ihnen?

<p>Familie: 3.300 Euro brutto, Alleinverdiener, Schichtarbeit, ein Kind beginnt eine Lehre, ein Kind will studieren.</p> <p>CDU/CSU-Plan: Erhöhung der Mehrwertsteuer, Wegfall der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Kürzung der Pendlerpauschale, Kürzung der Ausbildungsvergütung, Studiengebühren.</p> <p>Merkel-Minus im Jahr: 3.596 Euro</p>	<p>Krankenschwester: 2.300 Euro brutto, Entfernung zur Arbeit 30 km.</p> <p>CDU/CSU-Plan: Erhöhung der Mehrwertsteuer, Wegfall der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Kürzung der Pendlerpauschale, Kopfpauschale.</p> <p>Merkel-Minus im Jahr: 474 Euro</p>
<p>Rentner-Ehepaar: 1.800 Euro.</p> <p>CDU/CSU-Plan: Erhöhung der Mehrwertsteuer, Kopfpauschale.</p> <p>Merkel-Minus im Jahr: 324 Euro</p>	<p>Unternehmensberater: 14.500 Euro brutto.</p> <p>CDU/CSU-Plan: Absenkung des Spitzensteuersatzes um 3%.</p> <p>Merkel-Plus im Jahr: 4.245 Euro</p>

Informieren Sie sich ausführlich über Ihre persönlichen Konsequenzen unter www.spd.de

DAMIT UNSER LAND SOZIAL BLEIBT. AM 18. SEPTEMBER: SPD

SPD Vertrauen in Deutschland.

CDU/CSU VERLIERER (three times)

RADIKAL UNSOZIAL: KOPFPAUSCHALE, KIRCHHOF-STEUER, MEHRWERTSTEUER.

DAMIT UNSER LAND SOZIAL BLEIBT. AM 18. SEPTEMBER: SPD

SPD Vertrauen in Deutschland.

DAS KOSTET KIRCHHOF WIRKLICH: VERHEIRATET, 30.000 EURO/JAHR, STEUERBELASTUNG: +38%

Quelle: Bund der Steuerzahler

DEUTSCHLAND MUSS SOZIAL BLEIBEN. AM 18. SEPTEMBER SPD.

Herzogen SPD, Pöhlmannstr. 10013 Berlin www.spd.de

WO IST DIE KIRCHHOF-LISTE, FRAU MERKEL?

ALLE GRAUSAMKEITEN JETZT AUF DEN TISCH! VOR DER WAHL!

Herzogen SPD, Pöhlmannstr. 10013 Berlin www.spd.de

ACHTUNG! KIRCHHOF WILL AUCH AN DIE RENTE! ALLE GRAUSAMKEITEN AUF DEN TISCH! VOR DER WAHL!

Herzogen SPD, Pöhlmannstr. 10013 Berlin www.spd.de

56%:35%

SCHRÖDER MERKEL

56% WOLLEN LAUT ARD, DASS GERHARD SCHRÖDER BUNDESKANZLER BLEIBT. NUR 35% WOLLEN MERKEL! WER SCHRÖDER WILL, MUSS SPD WÄHLEN.

Herzogen SPD, Pöhlmannstr. 10013 Berlin www.spd.de

EX-US-Außenminister POWELL ZUM IRAK-KRIEG: „SCHANDFLECK IN MEINER KARRIERE“ UND WANN KOMMT FRAU MERKELS ENTSCHULDIGUNG FÜR IHRE TORPEDIERUNG DER DEUTSCHEN FRIEDENSPOLITIK DES KANZLERS? FRAU MERKEL DARF NICHT REGIEREN.

Herzogen SPD, Pöhlmannstr. 10013 Berlin www.spd.de

DER SPIEGEL. 11. SEPT. 2005

WAHLSCHLACHT UM KIRCHHOF

DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Anzeigen



GERHARD SCHRÖDER ODER ANGELA MERKEL:

NUR SIE ENTSCHEIDEN!

Die überwältigende Mehrheit der Deutschen will, dass Gerhard Schröder Bundeskanzler bleibt. Nach Auswertung des ARD-Deutschlandtrends 54%. Nur eine Minderheit von 35% will die Herausforderin. Nach ZDF-Pollbarometer liegen SPD und CDU/CSU in der politischen Stimmung fast gleichauf.

Jetzt keinen Quatsch wählen! Wer Gerhard Schröder will, muss SPD wählen! Wer PDS oder Schwarz/Gelb wählt, bekommt Frau Merkel und Herrn Kirchhof mitsamt ihrer radikal unsozialen Politik!

DAMIT GERHARD SCHRÖDER BUNDESKANZLER BLEIBT.

SPD BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD.

Vertrauen in Deutschland.

www.spd.de

HEUTE WÄHLEN GEHEN:

GERHARD SCHRÖDER MUSS KANZLER BLEIBEN!

Die SPD ist die einzige Kraft in Deutschland, die für wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit steht.

SPD

CDU/CSU

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

KIRCHHOF-KAHLSCHLAG

FAIRE STEUERN

HÖHERE MEHRWERTSTEUER

KÜNDIGUNGSSCHUTZ

WILLKÜR

BÜRGERVERSICHERUNG

KOPFPAUSCHALE

MODERNE FAMILIENPOLITIK

KONSERVATIVER RÜCKSCHRITT

CHANCENGLEICHHEIT

STUDIENGEBÜHREN

ATOMAUSSTIEG

NEUE ATOMKRAFTWERKE

FRIEDENSMACHT

BLINDE GEFOLGSCHAFT

GERHARD SCHRÖDER

ANGELA MERKEL

SPD

DAMIT DEUTSCHLAND SOZIAL BLEIBT.

BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD.

Vertrauen in Deutschland.

www.spd.de

Je näher der Wahltermin rückte, umso stärker wurden die Person des Bundeskanzlers, aber auch die Inhalte, für die er steht, in den Fokus des Wahlkampfes gestellt. Gerade im persönlichen und thematischen Vergleich zu seiner Herausforderin Merkel wurde mehr als deutlich, wer den besseren Kandidaten für das wichtigste Amt im Staate vorzuweisen hat.



KRAFTVOLL.
Gerhard Schröder und die SPD packen an und erneuern Deutschland kraftvoll. CDU/CSU und FDP haben in ihrer Regierungszeit verantwortungslos gezögert.

MUTIG.
Gerhard Schröder und die SPD stehen mutig und mit Rückgrat für den Frieden. CDU/CSU waren in blinder Gefolgschaft für den Krieg im Irak.

MENSCHLICH.
Gerhard Schröder und die SPD stehen für wirtschaftliche Stärke und sozialen Zusammenhalt. CDU/CSU und FDP sind radikal unsozial.

**Am Sonntag geht es um eine Richtungsentscheidung.
Gehen Sie wählen, damit Deutschland sozial bleibt und
Bundeskanzler Gerhard Schröder seine Arbeit fortsetzen kann.**

SPD **DAMIT GERHARD SCHRÖDER
BUNDESKANZLER BLEIBT.
BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD.**

Vertrauen in Deutschland. www.spd.de

Illustration: SPD-Parlamentarier, 2002/03

DIE KOMMUNIKATIONSKAMPAGNE

Mailings



ERSTWAHL 18.09.2005
www.ich-geh-waehlen.de

Endlich 18 – endlich dabei.
Am 18. September hast du zum ersten Mal die Möglichkeit, deine Stimme bei einer Bundestagswahl abzugeben. Damit hast du die Chance, mitzubestimmen, wie die Politik mit deiner Zukunft umgeht. Mit deiner Stimme drückst du aus, von welcher Partei du dich und deine Interessen am besten vertreten siehst. Weil alle Parteien deine Stimme wollen, ist jetzt der richtige Zeitpunkt, sie daran zu erinnern, dass sie für deine Stimme auch etwas tun müssen. **Also: Stell deine Forderungen laut und deutlich!**

Einige behaupten, wählen sei überflüssig, weil „die da oben“ eh längst keine Ahnung mehr von den Problemen der einfachen Leute haben. Stimmt das wirklich?

Die SPD hat sich zum Beispiel in den letzten Jahren dafür eingesetzt, dass

- Deutschland sich nicht am Irak-Krieg beteiligt,
- das Studium gebührenfrei bleibt,
- Unternehmen mehr Ausbildungsplätze anbieten müssen.

Denn die SPD hat die Forderungen und Wünsche von jungen Menschen ernst genommen. Hätten Erstwählerinnen und Erstwähler 2002 nicht mehrheitlich ihr Kreuz bei der SPD gemacht, würden deutsche Soldaten heute wohl im Irak kämpfen, und Deutschland würde in der Energiepolitik weiterhin alleine auf umweltgefährdenden Atomstrom setzen.

Die SPD steht auch dieses Mal wieder für die Zukunftschancen junger Menschen und will deshalb:

- einen Steueraufschlag für Spitzenverdiener, um mehr Geld in die Bildung zu investieren,
- eine Bürgerversicherung, damit sich alle solidarisch an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligen,
- die Fortsetzung des Ausstiegs aus der Atomenergie, um eine nachhaltige Energieversorgung zu sichern.

Du hast natürlich auch die Wahl, nicht wählen zu gehen – aber dann bestimmen andere über deine Zukunft. Und vielleicht wählen sie eine Politik, die du eigentlich gar nicht willst ...

Also: Es ist deine Stimme – deine Wahl
Deshalb: am 18. September wählen gehen!
Alle Infos rund um das Thema Erstwahl findest du unter www.ich-geh-waehlen.de

Dein Kandidat

Platzhüter für Eindruck des Kandidaten

ES IST DEINE STIMME –
SPD ALSO IST ES DEINE WAHL!
Vertrauen in Deutschland.

Zusätzlich zur Massenkommunikation wurden mehrere Mailings an ausgewählte Zielgruppen verschickt bzw. direkt von Wahlkämpfern vor Ort verteilt. Ein Brief wandte sich thematisch und sprachlich angepasst an junge Erstwähler. In einem weiteren richtete sich Bundeskanzler Gerhard Schröder direkt an potentielle Wähler. Dabei warb er nicht nur für die Politik der von ihm geführten Bundesregierung, sondern auch für die Unterstützung der namentlich genannten SPD-Bundestagskandidaten der jeweiligen Wahlkreise.



GERHARD SCHRÖDER
BUNDESKANZLER

Liebe Wählerinnen und Wähler im Wahlkreis Musterhausen,

am kommenden Sonntag geht es um Ihre ganz persönliche Entscheidung. Sie entscheiden, ob unser Land auch in Zukunft wirtschaftliche Stärke mit sozialer Gerechtigkeit verbindet.

Meine Regierung packt kräftig an. Wir haben mit der dringend notwendigen Erneuerung unseres Landes begonnen. Wir handeln, wo die Vorgängerregierung aus CDU/CSU und FDP sträflich gezögert und blockiert hat. Jetzt wollen diese Parteien wieder an die Macht – und mit der gleichen Unvernunft, mit der sie vor Jahren den Anschluss verpasst haben, wollen sie jetzt radikal das Gegenteil: Sie wollen das Ende des sozialen Deutschlands.

Achten Sie sehr genau darauf, was CDU/CSU und FDP für Sie persönlich bedeuten:

Kopfpauschale, Mehrwertsteuererhöhung, volle Besteuerung der Schichtarbeit, Kürzung der Ausbildungsvergütung, Einführung von Studiengebühren, Kürzung der Pendlerpauschale – in jedem Fall zahlen Klein- und Durchschnittsverdiener die Zeche für die Entlastung der Spitzenverdiener. Und im Hintergrund droht ein noch unsozialeres und ungerechteres Steuermodell, das die Union aus guten Gründen vor der Öffentlichkeit versteckt. Denn wenn das Kirchhof-Modell Wirklichkeit werden sollte, dann trennt uns nichts mehr von einem radikal unsozialen Land.

Auch in anderen Bereichen drohen Rückschritte mit

- dem radikalen Abbau von Arbeitnehmerrechten,
- der Abschaffung des Kündigungsschutzes,
- einer konservativen Familienpolitik, die zurück ins 19. Jahrhundert führt,
- einer Außenpolitik, die nicht die Fähigkeit zum Frieden hat,
- einer unmodernen Energiepolitik und der Rückkehr zur Atomkraft.

Wir haben in den vergangenen Jahren hart für ein modernes Deutschland gearbeitet. Wir haben vielleicht nicht immer alles richtig gemacht – aber die Richtung stimmt, und erste Erfolge sind sichtbar.

Jetzt geht es darum, die Reformen auch wirken zu lassen, nicht mittendrin den Kurs zu wechseln und vor allem nicht das leichtfertig über Bord zu werfen, wofür die Menschen in diesem Land so viele Jahre gearbeitet haben: eine demokratische Ordnung mit sozialem Zusammenhalt. Deutschland braucht vernünftige Reformen, keinen radikalen Systemwechsel.

Und deshalb bitte ich Sie, Peter Muster mit Ihrer Stimme im Wahlkreis Musterhausen stark zu machen und mir mit Ihrer Zweitstimme für die SPD zu ermöglichen, meinen Kurs fortzusetzen. Für ein starkes und soziales Deutschland.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr 



SPD
Vertrauen in Deutschland.

JOHANNES REINEKE

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Bei der anstehenden Bundestagswahl geht es um eine Richtungsentscheidung. Sie entscheiden darüber, ob unser Land auch in Zukunft auf dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft aufbaut und die soziale Balance gesichert wird oder ob der Markt regellos wild. Sie entscheiden darüber, ob auch in Zukunft Deutschland stabil und verantwortungsvoll regiert wird oder ob plumper Populismus den Ruf Deutschlands in der Welt schädigt. Bundeskanzler Gerhard Schröder und die SPD haben in den vergangenen Jahren notwendige Reformen angepackt, um unser Land für die Zukunft zu rüsten.

Sieben Jahre für Deutschland.
Wir haben unser Land in den letzten sieben Jahren trotz wirtschaftlich schwieriger Zeiten nachhaltig modernisiert.

Deutschland Friedensland.
Unter der Führung von Bundeskanzler Schröder hat sich Deutschland zu einer international anerkannten Friedensmacht entwickelt. Deutschland und sein Kanzler haben sich standfest gegen den Krieg im Irak gestemmt. Mit Frau Merkel in Verantwortung stünden deutsche Truppen heute in Bagdad – mit allen Konsequenzen. Wir brauchen auch weiter eine souveräne und kraftvolle Außenpolitik.

Wir haben

- eine grundlegende Reform des Arbeitsmarktes in Angriff genommen,
- die Steuern für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deutlich gesenkt und die Familien entlastet,
- die Alterssicherung auf eine stabile Grundlage gestellt,
- die Kosten im Gesundheitswesen erstmals deutlich gesenkt,
- die Ganztagschulen gefördert und das Kindergeld deutlich erhöht,
- mit dem begonnenen Atomausstieg den Weg für die Energiegewinnung frei gemacht.

Mit der Agenda 2010 haben wir die größte Reform in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Es ist die richtige und die verantwortungsvolle Antwort auf die Herausforderungen unserer Zeit. Die Reformen beginnen zu greifen. Wir sind auf dem richtigen Weg.

Jetzt suchen wir Ihre Unterstützung für wichtige und notwendige Vorhaben.

- **Gesundheitsvorsorge:** Die Bürgerversicherung stellt das Prinzip der Gemeinschaft wieder in den Mittelpunkt unseres Gesundheitssystems. Niemand soll sich mehr aus der gemeinschaftlichen Verantwortung verabschieden können. Auch Gutverdienende, Beamte, Selbständige und Politiker werden in die solidarische Krankenversicherung einbezogen.
- Das macht unser System gerechter und stärkt den Zusammenhalt.
- **Kündigungsschutz, Mindestlöhne und Existenzsicherung:** Gute Arbeit muss gerecht entlohnt werden. Deshalb wollen wir durchsetzen, dass in den Bereichen, in denen sich die Tarifparteien nicht auf verbindliche Löhne einigen, ein Mindestlohn gilt. Das gibt den Beschäftigten neben einem wirksamen Kündigungsschutz Sicherheit.

Deutschland Wissenland. Wir machen uns für mehr Ganztagschulen stark. Und durch Erhöhung der BAföG-Mittel haben wir in den letzten sieben Jahre dafür gesorgt, dass wieder mehr junge Menschen studieren.

Wir wollen Deutschland erneuern. Aber wir wollen kein anderes Land.
Wir vertrauen darauf, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft den Gemeinsinn über den Egoismus stellen. Wir haben Vertrauen in Deutschland, und ich bin überzeugt davon, dass es auch für Sie gute Gründe gibt, mitzuhalten.

Mit freundlichen Grüßen
Johannes Reineke

Jetzt Mitglied werden! www.spd.de

Johannes Reineke
Ich bin stellvertretender Leiter der VHS-Lippe-Ost, 49 Jahre alt, verheiratet und habe 3 Kinder.
Im Wahlkreis 137 können Sie mich für die SPD in den Bundestag wählen.
Meine Kontaktadresse: Bredelbomer Str. 18, 33039 Nieheim, Telefonnummern: 05274 / 1495 Faxnummer: 05274 / 4120, E-Mail: reineke@t-online.de, Internet: www.johannes-reineke.de



SPD
Vertrauen in Deutschland.

GERHARD SCHRÖDER

Deutschland bewegt sich.
Wir haben mit den für unser Land notwendigen Veränderungen begonnen – auf dem Arbeitsmarkt, in der Gesundheitspolitik und bei der Rente. Sie sind Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung und des Alterswandels der Gesellschaft. Es geht darum, die Sozialsysteme sozialstaatlich zu halten und sie für die Zukunft zu sichern. Das sind Reformen, zu denen CSU, CDU und FDP 16 Jahre Zeit, aber nie den Mut hatten. Unsere Reformen der Agenda 2010 beginnen zu wirken.

Für die SPD gilt:
Die soziale Balance muss gehalten werden. Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen bewahrt werden.

Offenheit und Lebensbewusstheit.
Unser Land ist in den vergangenen Jahren Jahren offener und toleranter gegenüber. Gerade für Deutschland die Exportbestrebungen gilt. Wir müssen unsere Wettbewerbsfähigkeit bewahren – wir dürfen uns nicht abschotten. Zugleich ist Deutschland unter dieser Bundesregierung sicherer geworden. Das angeht Wir sind auf dem richtigen Weg.

Zukunftsinvestitionen tätigen.
Um unsere Wirtschaft im weltweiten Wettbewerb zu stärken und Arbeit zu schaffen, haben wir begonnen, mehr in Forschung und Innovation zu investieren. Denn unser Land wird von den Ideen seiner Menschen. Für unsere Kinder brauchen wir bessere Bildungschancen und Betreuungsmöglichkeiten. Wir bauen die Ganztagschulen aus und verbessern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Beispiel durch die neue Elternzeit.

Für Frieden in unserem Land.
Wir setzen uns für Frieden und Entwicklung ein – denn wir wissen, dass in jedem inneren angeht zusammenzuhalten. Welt Sicherheit und Wohlstand unseres Landes von einer friedlichen internationalen Entwicklung abhängen. Deshalb werden wir die Europäische Union weiter vorantreiben – sie soll sozialer Bürgerschutz und demokratischer werden. Wir wollen, dass möglichst viele in den Chancen der Globalisierung teilhaben können. Deutschland erkläre wir die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und setzen die Entwicklung der ärmsten Länder fort.

Wir wollen den Menschen helfen, so zu leben, wie sie es wollen.

Alle Bundestagskandidaten hatten die Möglichkeit, ein Porträt von sich von einem professionellen Fotografen machen zu lassen. Diese Bilder wurden zentral bearbeitet und den Kandidaten als Plakate für ihren Wahlkreis zur Verfügung gestellt.

Als weitere Unterstützung erhielten alle Kandidaten eigene Flyer. Sie unterteilten sich in Kandidatenseite und Kanzlerseite. Die Kanzlerseite blieb immer gleich, die Kandidatenseite konnte textlich individualisiert werden.



SPD
Vertrauen in Deutschland.

JOHANNES REINEKE

DIE WAHLKAMPFMATERIALIEN

Flyer



Für den Straßenwahlkampf wurden den Kandidaten und Wahlkämpfern u.a. vier Themenflyer zur Verfügung gestellt, die im Wesentlichen direkt auf dem Wahlmanifest basierten und einen großen Teil der relevanten Themen abdeckten.

Sieben Jahre gerechte und effektive Sozialpolitik.

- Die große Steuerreform hat besonders die Besitzer kleiner und mittlerer Einkommen sowie Familien entlastet.
- Die Erhöhung der Steuerfreibeträge hat die unteren Einkommen weiter gestärkt.
- Familien profitieren von deutlich mehr Kindergeld: 1998: 112 Euro, 2005: 154 Euro.
- Die Gesundheitsreform wirkt. Die gesetzlichen Krankenkassen konnten die Beiträge senken und Schulden abbauen.
- Die staatliche Rente ist durch die Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors zukunftssicher: Der Rentenbeitrag liegt stabil bei 19,5 % (unter Kohl: 20,3 %).
- Mit staatlicher Förderung (Riester-Rente) können sich viele Menschen eine zusätzliche Altersvorsorge aufbauen.
- Wir stehen zum gebührenfreien Erststudium und haben die BAföG-Förderung in 7 Jahren um 92,4 % erhöht.

Die umstrittenen Pläne von CDU/CSU:

- Die Mehrwertsteuer-Erhöhung trifft besonders die Besitzer unterer Einkommen, Rentner und Familien.
- Die Kopfpauschale ist umstößig. Jeder soll das Gleiche bezahlen, egal ob er es sich leisten kann oder nicht.
- Die Senkung des Spitzensteuersatzes führt in erster Linie den Besserverdienenden.
- CDU/CSU schneiden nicht vor Rentnerkürzungen zurück.
- CDU/CSU wollen Studiengebühren und die Abschaffung des BAföG.

„Es geht darum, die Sozialsysteme bezahlbar zu halten und sie für die Zukunft zu sichern. Für die SPD gilt: Die soziale Balance muss gehalten werden. Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen bewahrt werden.“

DAMIT GERHARD SCHRÖDER KANZLER BLEIBT: AM 18. SEPTEMBER BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD.

Herausgeber: SPD-Parteivorstand, 10919 Berlin
www.spd.de

Wenden Sie Mitglied www.mitmachen.spd.de

FÜR DEN ZUSAMMENHALT IN DER GESELLSCHAFT.

Vertrauen in Deutschland.

Gewissheit, dass gemeinsam erreichter Wohlstand auch gerecht verteilt wird. Dass es Chancengleichheit gibt und Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Soziale Gerechtigkeit muss bleiben. Wir wollen nicht ohne sie leben.

Wir haben seit 1998 notwendige Reformen entschlossen angepackt und den führenden Stand, den uns die Regierung Kohl hinterlassen hat, überwunden.

Das war für viele Menschen auch mit Einschnitten verbunden. Doch es musste gehandelt werden. Sonst wäre unser Sozialstaat in Gefahr gewesen. Als Sozialdemokraten haben wir dabei jedoch immer die soziale Balance im Auge behalten. Denn im Gegensatz zu CDU/CSU und FDP wollen wir die soziale Marktwirtschaft und mit ihr die Gerechtigkeit nicht abschaffen.

Wir Sozialdemokraten wollen unser Land erneuern. Aber wir wollen kein anderes Land.

Gerechtigkeit. Starke Schaffern müssen mehr tragen.

Mit unserer Steuerreform haben wir die Steuern so stark gesenkt wie keine andere Regierung zuvor. Hieran haben besonders private Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen sowie Familien profitiert. Und die Erhöhung der Steuerfreibeträge hat zu weiteren Entlastungen geführt.

Zu unserem Verständnis von Gerechtigkeit gehört auch, dass die, die stark sind, einen großen Beitrag für unser Land leisten. Deshalb möchten wir sehr hohe Einkommen – ab einem Jahresinkommen von 250.000 Euro (ledig) bzw. 500.000 Euro (Verheiratete) – zusätzlich mit 1 % besteuern. Diese Einnahmen sollen vor allem der Bildung und Forschung zugute kommen.

Wir brauchen, dass das Gemeinwohl über Einzelinteressen steht. Aber auch ein Staat, der sich nur einmischt, wenn es nötig ist, und sonst den Menschen hilft, ein eigenständiges Leben zu führen. Um diesen Sozialstaat auch in Zukunft bewahren zu können, müssen und müssen wir ihn unter größter Sorgfalt erneuern.

Die solidarische Bürgerversicherung

Die Gesundheitsreform sorgt dafür, dass die gesetzlichen Krankenkassen wieder wirtschaftlich arbeiten können. Jetzt gilt es, auch die langfristige Finanzierung unseres Gesundheitssystems zu sichern. Medizinischer Fortschritt und der veränderte Alteraufbau unserer Gesellschaft erfordern nicht weniger, sondern mehr Solidarität. Daraus darf sich niemand ab einer bestimmten Einkommensgrenze verschließen.

Deshalb entwickeln wir die Krankenversicherung zur Bürgerversicherung, in der jeder versichert sein muss. Auch Gutverdienende, Beamte, Selbstständige und Politiker. Alle zahlen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit, auch Kapitalerträge werden zur Finanzierung herangezogen.

Zukünftig wird jeder zwischen gesetzlicher und privater Krankenkasse wählen können. Und die Kassen müssen jeden versichern – unabhängig von bestehenden Risikofaktoren. Die beitragsfreie Familienversicherung bleibt erhalten.

Alterssicherung

Die ältere Generation ist unverzichtbares soziales Kapital unserer Gesellschaft. Sie ist ein Aktivposten des Ehrenamts und der familiären und gesellschaftlichen Netzwerke. Auch im hohen Alter sollen Menschen aktiver Teil der Gesellschaft sein und in materieller Sicherheit leben.

Einkommen und Beschäftigung, sollen auch Rentnerinnen und Rentner daran teilhaben. Kürzen, wie CDU/CSU es wollen, werden wir die gezahlten Renten nicht.

Mit der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors haben wir die staatliche Rente zukunftssicherer gemacht. Und wir haben die staatlich geförderte private Altersvorsorge geschaffen, um eine bessere Versorgung im Alter zu erreichen. Mittelsweile hat sich dieses zweite Standbein der Alterssicherung etabliert. Wir wollen es weiter stärken und fördern.

Chancengleichheit ist für uns ein Grundrecht.

Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, seine Persönlichkeit frei zu entfalten und seine Begabung auszuschießen. Wir tun viel dafür, jedem diese Chance zu ermöglichen, unabhängig von sozialer Herkunft und Nationalität – und vom Kindesalter an. So stehen wir für:

- den massiven Ausbau der vorschulischen und schulischen Ganztagsbetreuung,
- die Schaffung von Eltern-Kind-Zentren, in denen Eltern Hilfe bei Erziehungsaufgaben erhalten. Ihren Kindern wird hier auch, falls notwendig, die deutsche Sprache vermittelt.
- den Ausbildungsplätzen mit der Wirtschaft. Dadurch steigt endlich wieder die Zahl der Ausbildungsplätze. Unser Ziel: Kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als 3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein.
- die Gebührenerhöhung beim Erststudium und die BAföG-Förderung.

DIE WAHLKAMPFMATERIALIEN

Flyer

Das Programm von CDU/CSU/FDP:

MEHR UNSICHERHEIT, WENIGER CHANCEN.

SPD Vertrauen in Deutschland.

1 SCHWARZ-GELB BEDROHT 2% MERKELSTEUER UND SCHWÄCHUNG DER WIRTSCHAFT.

CDU/CSU wollen die Mehrwertsteuer von 16% auf mindestens 18% erhöhen. Diese Markterhöhungen in Höhe von 2% würde viele Produkte teurer machen. Die Preise steigen, die Menschen können weniger kaufen. Das ist Gift für Wachstum und Beschäftigung. Und wer glaubt denn wirklich, dass CDU/CSU im Gegenzug die Beiträge für Sozialversicherung um fast 12% der Lohnsumme senken werden? Doch nicht wahr. Über 10 Millionen Einkommensbezieher wie Rentner, Arbeitslose, Selbstständige und Studierende haben davon nichts.

Die SPD steht für eine Stärkung der Kaufkraft der Menschen und zukunftsfähige öffentliche Investitionen. Nur so entstehen Wachstum und neue Beschäftigung.

2 SCHWARZ-GELB SCHAFFT MEHR UNSICHERHEIT, ABER NICHT MEHR ARBEIT.

CDU/CSU und FDP planen die Zusammenrücken der Arbeitsförderung und den Abbau von Arbeitnehmerrechten. Angela Merkel hat Arbeitnehmerrechte für „Leistung“ qualifizierungsmaßnahmen und ICH-Aktionen gestrichelt werden. Der Kündigungsschutz soll für 80% der Beschäftigten nicht mehr gelten. Chancen bei der Arbeitsvermittlung. CDU/CSU wollen die Verunsicherung für Langzeitarbeitslose den Kommunen überlassen. Die FDP will die Bundesagentur ganz abschaffen und Fördermaßnahmen zwischen CDU/CSU und FDP wollen Neugigante statt Einmündung. CDU/CSU und FDP wollen Einkommen drücken - durch Verschlechterungen beim Arbeitslohnrecht, durch unvollständige Bezahlung von Langzeitarbeitslosen und durch die Senken von Ausbildungsstellen. CDU/CSU und FDP wollen die Tarifautonomie abschaffen und so Betreff gegen Betreff ausweichen.

Die SPD will Menschen ohne Arbeit besser fördern und unterstützen. Sie will den Erhalt von Arbeitnehmerrechten.

3 SCHWARZ-GELB SCHAFFT KEINE ZUKUNFTSCHANCEN FÜR JUGENDLICHE.

CDU/CSU führen in von ihnen registrierten Ländern Studiengängen ein. Ihre Pläne einer Abschaffung des BAföG für sozial schwachen Studierende verschwenken CDU/CSU in ihrem Programm. In der Bildungspolitik setzen sie auf Kreditanstalten und weichen auf die Zulassung, heißt das Land. Kinder auf die Unions-Typ Menschen nicht auszuweisen - außer einen Kartenzug für Vergütung von Auszubildenden. In Deutschland können Bildungschancen sehr stark von der sozialen Herkunft ab. CDU/CSU scheitern diesem Zustand entgegen zu werden.

Die SPD setzt für mehr Zukunftschancen. Alle Jugendlichen unter 25 Jahren soll länger als drei Monate ohne Job sein.

4 SCHWARZ-GELB ENTZWEIT SPITZENVERDIENER AUF KOSTEN DER NORMALVERDIENER UND DER ÖFFENTLICHEN HAUSHALTS.

Das CDU/CSU-PROGRAMM WISSET EINER 10-MRD. EURO-LOCKER AUF. Die Steuerpolitik von Schwarz-Gelb ist ungerecht und unsozial. Normale Arbeitsnehmer zahlen die Entlohnungen bei den Spitzenverdienern. Trotz Erhöhung der Mehrwertsteuer bleibt bei der Union eine Finanzierungslücke von rund 40 Mrd. Euro. Die Spitzenverdiener sind auf 19% gesenkt werden (CDU/CSU). Die FDP will sogar nur 15% und mittelfristig einen einheitlichen Steuersatz für Normal- und Spitzenverdiener. Die Gegenfinanzierung durch 11 Mrd. Euro Gehalts für Spitzenverdiener soll unter anderem durch Streichung der Steuerbefreiung für Sponsoring, Honorare und Nachschüsse und die Kürzung der Medienbeiträge erfolgen. Die Finanzierungslücke von 40 Mrd. Euro führt zu massiven Leistungskürzungen bei Bund, Ländern und Kommunen.

Die SPD setzt für eine Steuerpolitik nach Leistungsfähigkeit. Wer mehr hat, kann auch mehr zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Das Programm der PDS:

FALSCHES VERSPRECHEN, GEFÄHRLICHE ILLUSIONEN.

SPD Vertrauen in Deutschland.

10 Gründe, warum die PDS die falsche Wahl für unser Land ist.

Weitere Flyer widmeten sich der Thematik „Aufbau Ost“ und der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. In letzteren wurde anhand von 10 Gründen, die sich auf die Programmatik und die Akteure der anderen Parteien bezogen, verdeutlicht, warum ihre Politik falsch für unser Land ist – und was die SPD dem an besseren Alternativen entgegensetzt.

WEITERFÜHREN, WAS WIR AUF DEM WEG GEMACHT HABEN.

Die erfolgreiche Förderpolitik der SPD muss weitergeführt werden. Deutschland braucht wieder die Investitionschance. Länderpartei/SPD nach die Marktbedingungen von der CDU/CSU und FDP. Ein Beispiel für die erfolgreiche Förderpolitik sind Instrumente wie die Investitionszulage oder...

So wurden die Bundesmittel aus der Gemeinschaftsaufgabe Ost allein im Zeitraum 2002 - 2004 genutzt:

- Brandenburg** wurden mit über 300 Millionen Euro vom Bund rund 32.000 Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen. Wertvoll agierende Unternehmen wie DaimlerChrysler, Biele-Reyne, MPF oder Volkswagen konnten so in Brandenburg angesiedelt oder gehalten werden.
- Wachstums Unternehmen** hat mit mehr als 250 Millionen Euro vom Bund 21.000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder erhalten. Ein Schwerpunkt der Förderung ist die Bereich Biotechnologie. In diesem Zukunftsbereich arbeiten heute mehr als 1.800 Arbeitnehmer in kleinen innovativen Unternehmen und 1.000 Wissenschaftler in modernen Hochleistungsanlagen.
- Nachbau-Aktivität** hat mit knapp 400 Millionen Euro vom Bund ca. 35.000 Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen. Das Chemietal bei Gera gebäht heute mit mehr als 30.000 Beschäftigten zu den modernsten Standorten der chemischen Industrie überhaupt.
- Das Land Sachsen** nutzte über 600 Millionen Euro um damit 104.000 Arbeitsplätze zu erhalten oder neu zu schaffen. Momentan in Bau einer der weltweit modernsten Produktionsanlagen für Mikrochips mit 1,1 Milliarden Euro Investitionsvolumen und 1.000 neuen Arbeitsplätzen.
- 10 Millionen** konnten mit mehr als 300 Millionen Euro vom Bund ca. 45.000 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten werden. Ein besonderer Förderungsschwerpunkt war dabei die Automobilindustrie. Mit Erfolg: Hier arbeiten heute mehr als 35.000 Menschen.

UNSERE POLITIK FÜR OSTDEUTSCHLAND:

- Wir haben in unserem Wahlmanifest „Vertrauen in Deutschland“ Stellung bezogen für:
 - die Anhebung des AGG II auf Westniveau (345 Euro)
 - die vollständige Erfüllung der Zusagen aus dem Soldatengeld II
 - die Verlängerung des Programms „Stoffbau Ost“
 - die Verlängerung der Investitionszulage und die Weiterführung der erfolgreichen Förderpolitik
 - faire Löhne, auch durch tarifliche oder gesetzliche Mindestlöhne
 - gerechte Steuern, auch durch eine um 3% erhöhte Einkommenssteuer für Spitzenverdiener.

UNSER ZIEL:
Die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland auf Basis einer weltweiterwärtigen Wirtschaft und eines modernen Sozialstaats.

www.spd.de

DIE LINKEPTEIL/SPD:

ist nur auf Opposition aus, dabei ist unpopulär möglich. Will insgesamt acht Steuern erhöhen, und mehr noch für Besessenenmohr. Macht Wahlversprechen, die nie zu halten sind, insgesamt können in „Ansoop“ die 100, 80 Millionen Euro.

CDU/CSU:

- Polenmission auf unethische Art und Weise gegen Ostdeutsche, Dietl Edmund Stöberer sich weigern nicht, dass der Osten bestimmt, was in Deutschland Kinder sein?
- Sind gegen eine Anhebung des AGG II auf Westniveau, planen aber die Anhebung des Spitzenverdiener von 42% auf 55%.
- Wollen die Pendlerzuschüsse deutlich kürzen. Herkömmliche Minderer zwischen 100 Euro und 1200 Euro weniger im Jahr von der Steuer absetzen.

2 GERHARD SCHRÖDER STEHT FÜR SOZIALRECHT IN DEUTSCHLAND.

Die Hilfe nach der Hochwasserkatastrophe im Sommer 2002 und die Unterstützung für Ostdeutschland im Rahmen des Soldatengeld II durch die Regierung Gerhard Schröder zeigen, dass er hat einen Stellenwert, den Sozialarbeit und soziale Handeln in unserer Gesellschaft haben. Und der Sozialstaat in Deutschland zu erhalten, müssen wir ihn erneuern.

5 DIE INTERESSEN ÖSTDEUTSCHLANDS IN EUROPA.

Mit Gerhard Schröder konnten wir bei der EU-Kommission eine Verlängerung klarifiziert Investitionszulage für Ostdeutschland durchsetzen. Im Zuge der Osterweiterung blieb die

6 GERHARD SCHRÖDER STEHT DA FÜR, DASS LEISTUNG SICH LOHNT.

Millionen Menschen in Deutschland müssen als Berufspendler viele Läden auf sich, um aus eigener Kraft einen Lebensunterhalt zu verdienen. Diese Menschen müssen vom Staat nach allen Möglichkeiten gefördert werden. Die PDS der CDU zur Kürzung der Pendlerzuschüsse treffen die Berufspendler in Ostdeutschland. Gerhard Schröder nicht unangenehm ist in der geltenden Regelung für die Berufspendler. Auch die von Merkel gestrichelte Streichung der Steuerbefreiung der Zuschläge für Schicht, Nacht- und Sonntagsarbeit wird mit Gerhard Schröder nicht geben.

8 GERHARD SCHRÖDER STEHT FÜR EINE MODERNE GESELLSCHAFT.

Gleiche Chancen für Männer und Frauen und gleiche Bildungschancen unabhängig von der sozialen Herkunft sind Markenzeichen der Regierungspolitik von Gerhard Schröder.

7 GERHARD SCHRÖDER STEHT FÜR DIE INTERESSEN ÖSTDEUTSCHLANDS IN EUROPA.

beiwert durchsetzen. Die Tarifvertragsgesetze sind aufzuheben, bundesweite tarifliche Mindestlöhne in allen Branchen zu verankern. Soweit dies nicht erfolgt oder nicht erfolgen kann, wird eine Regierung Gerhard Schröder Maßnahme für einen gesetzlichen Mindestlohn ergreifen.

10 GERHARD SCHRÖDER MUSS KANZLER BLEIBEN.

Gerhard Schröder ist der richtige Kanzler für ein modernes und soziales Deutschland. Er hat gezeigt, dass er vor notwendigen Reformen nicht zurückweicht. Bei alledem bleiben Solidarität und Gerechtigkeit Rückstufen der Handlung. Keine andere Partei und keine andere Person stehen für diesen Kurs.



SPD
STEHEN FÜR
DUNG.
Können nicht
e - für diese
wider setzt

en für Gerech-
ten der
arbeit von
Erlaubnis
Sofort-
Einführung
vorbringen

DIE WAHLKAMPFMATERIALIEN

Aktionspakete

NEU! JETZT TEURER:
2% Merkelsteuer auf alles!

DEUTSCHLAND KANN SICH CDU/CSU NICHT LEISTEN.

SPD Vertrauen in Deutschland.
www.spd.de

FÜR FAIRE STEUERN. GEGEN MEHRWERTSTEUER-ERHÖHUNG.

SPD Vertrauen in Deutschland.
www.spd.de

NEU! JETZT TEURER:
2% Merkelsteuer auf alles!

DEUTSCHLAND KANN SICH CDU/CSU NICHT LEISTEN.

SPD Vertrauen in Deutschland.
www.spd.de

ICH KANN MIR ANGELA MERKEL NICHT LEISTEN.

Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. SPD.

MERKELSTEUER: DAS WIRD TEUER.

Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. SPD.

ICH KOSTE 2% MEHR.

WENN SIE AM 18.09. CDU/CSU WÄHLEN.
Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer. SPD.

Aktionspaket: Merkelsteuer

MERKEL-MINUS -474 EURO

Krankenschwester: 2.300 Euro brutto im Monat. Weg zur Arbeit 30 km.
Von den Unionsplänen belastet durch:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer
- Besteuerung der Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge
- Kürzung der Pendlerpauschale
- Kopfpauschale

Merkel-Minus im Jahr: 474 Euro
Arbeitnehmern ginge es schlechter mit CDU/CSU!

DAMIT UNSER LAND SOZIAL BLEIBT. AM 18. SEPTEMBER: SPD
Vertrauen in Deutschland.
www.spd.de

MERKEL-MINUS -474 EURO
MERKEL-MINUS -1076 EURO
MERKEL-MINUS -1435 EURO
UND SIE?

Das zahlt Deutschland, wenn CDU/CSU regieren würden:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer
- Wegfall der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge
- Erhöhung der Pendlerpauschale
- Kopfpauschale

Merkel-Minus im Jahr: 1.435 Euro
Arbeitnehmern ginge es schlechter mit CDU/CSU!

DAMIT UNSER LAND SOZIAL BLEIBT. AM 18. SEPTEMBER: SPD
Vertrauen in Deutschland.
www.spd.de

MERKEL-MINUS -1435 EURO

Das zahlt Deutschland, wenn CDU/CSU regieren würden:

- Schlüchterbau, verheiratet, Berufsholz 2.916 Euro im Monat.
- Bestehender zur Arbeit 34 km.
- Von den Unionsplänen belastet durch:
Wegfall der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge, Kürzung der Pendlerpauschale, Kopfpauschale, Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Merkel-Minus im Jahr: 1.435 Euro
Arbeitnehmern ginge es schlechter mit CDU/CSU!

DAMIT UNSER LAND SOZIAL BLEIBT. AM 18. SEPTEMBER: SPD
Vertrauen in Deutschland.
www.spd.de

DER SCHWARZ-GELBE MIETHAMMER.

Miethausen werden durch die Pläne von CDU/CSU/FDP beschleunigt.

- Aufhebungen im Mietrecht und der Mietpreisbremse, Verdrängungen von Sozialwohnungen, die Erhöhung der Mehrwertsteuer - die Pläne von CDU/CSU/FDP richten sich gegen viele Mieter.
- Konkrete Auswirkungen wären:
 - steigende Mieten
 - eine überhöhte Zahl günstiger Wohnungen
 - Entlassungen von Frührenten-Kandidaten durch den Vermieter
 - höhere Kündigungskosten für Vermieter
 - die Abschaffung des sozialen Wohnungbaus

Mieten ginge es schlechter mit CDU/CSU/FDP!

DAMIT UNSER LAND SOZIAL BLEIBT. AM 18. SEPTEMBER: SPD
Vertrauen in Deutschland.
www.spd.de

Aktionspaket: Merkel-Minus

Während des Wahlkampfes rief die SPD zu vier bundesweiten Aktionstagen auf. Die Themen: Die Unionspläne zur Mehrwertsteuererhöhung, die Kopfpauschale der Union, die Kürzungs- und Besteuerungspläne der Union und das generelle Warnen vor sozialer Kälte, falls die Union die Wahl gewinnen sollte.

Für diese Aktionstage wurden jeweils Aktionspakete zentral in der Kampa entwickelt und den Kandidaten und der Parteibasis für den Straßenwahlkampf kostenlos oder subventioniert zur Verfügung gestellt. Ein Paket bestand zumeist aus A1-Plakaten sowie aus Flyern und Aufklebern für die Verteilung.

HIER FREUT MAN SICH AUF MERKELS KOPFPAUSCHALE.

VERHINDERN SIE DIE UNSOZIALE KOPFPAUSCHALE VON CDU/CSU.

SPD
Vertrauen in Deutschland. www.spd.de

FÜR DIE BÜRGERVERSICHERUNG. GEGEN DIE KOPFPAUSCHALE.

in Deutschland.

Warum die soziale Bürgerversicherung
wichtig ist: Die Bürgerversicherung ist ein wichtiger Bestandteil des Sozialrechts. Sie ist ein zentraler Baustein der sozialen Sicherung in Deutschland. Sie ist ein zentraler Baustein der sozialen Sicherung in Deutschland. Sie ist ein zentraler Baustein der sozialen Sicherung in Deutschland.

Warum man sich für die Bürgerversicherung einsetzen sollte
Die Bürgerversicherung ist ein wichtiger Bestandteil des Sozialrechts. Sie ist ein zentraler Baustein der sozialen Sicherung in Deutschland. Sie ist ein zentraler Baustein der sozialen Sicherung in Deutschland.

www.spd.de

DIE KOPFPAUSCHALE MACHT MICH KRANK.

Nein zur Kopfpauschale der CDU/CSU. Ja zur Bürgerversicherung. SPD.

Aktionspaket: Kopfpauschale

MERKEL KIRCHHOF: RADIKAL UNSOZIAL!

DAMIT DEUTSCHLAND SOZIAL BLEIBT. AM SONNTAG BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD.

SPD
Vertrauen in Deutschland. www.spd.de

GERHARD SCHRÖDER IST BESSER FÜR DEUTSCHLAND!

Die SPD ist die einzige Kraft in Deutschland, die für wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit steht.

SPD	CDU/CSU
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT	KIRCHHOF-KAHLSCHLAG
FAIRE STEUERN	HÖHERE MEHRWERTSTEUER
KÜNDIGUNGSSCHUTZ	WILLKÜR
BÜRGERVERSICHERUNG	KOPFPAUSCHALE
MODERNE FAMILIENPOLITIK	KONSERVATIVER RÜCKSCHRITT
CHANGENGLEICHHEIT	STUDIENGEBÜHREN
ATOMAUSSTIEG	NEUE ATOMKRAFTWERKE
FRIEDENSMACHT	BLINDE GEFOLGSCHAFT
GERHARD SCHRÖDER	ANGELA MERKEL

DAMIT DEUTSCHLAND SOZIAL BLEIBT. BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD.

SPD
Vertrauen in Deutschland. www.spd.de

SIE TRIFFT DER KIRCHHOF-KAHLSCHLAG:

- FAMILIEN
- KRANKE
- BEHINDERTE
- EHRENAMTLICHE
- ARBEITNEHMER
- BERUFSPENDLER
- ALLE STEUERZAHLER

MERKEL/KIRCHHOF: RADIKAL UNSOZIAL!

SO TRIFFT DER KIRCHHOF-KAHLSCHLAG:

- MUTTERSCHAFTSGELD: STEUERPFLICHTIG
- KRANKENGELD: STEUERPFLICHTIG
- BEHINDERTENPAUSCHALE: GESTRICHEN
- ÜBUNGSLEITERPAUSCHALE: GESTRICHEN
- SCHICHTZULAGE: STEUERPFLICHTIG
- PENDLERPAUSCHALE: GESTRICHEN
- KIRCHHOF-KOPFSTEUER

DAMIT DEUTSCHLAND SOZIAL BLEIBT. BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD.

SPD
Vertrauen in Deutschland. www.spd.de

ES GEHT UM VIEL AM SONNTAG:

SPD	CDU/CSU
SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT	KIRCHHOF-KAHLSCHLAG
FAIRE STEUERN	HÖHERE MEHRWERTSTEUER
KÜNDIGUNGSSCHUTZ	WILLKÜR
BÜRGERVERSICHERUNG	KOPFPAUSCHALE
MODERNE FAMILIENPOLITIK	KONSERVATIVER RÜCKSCHRITT
CHANGENGLEICHHEIT	STUDIENGEBÜHREN
ATOMAUSSTIEG	NEUE ATOMKRAFTWERKE
FRIEDENSMACHT	BLINDE GEFOLGSCHAFT
GERHARD SCHRÖDER	ANGELA MERKEL

DAMIT DEUTSCHLAND SOZIAL BLEIBT. AM SONNTAG BEIDE STIMMEN: SPD.

SPD
Vertrauen in Deutschland.

Aktionspaket: Endspurt

Die Wahlkampfmaterialien

Wahlkampfzeitung



VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND

im Internet: www.spd.de

Zeitung der SPD zur Bundestagswahl 2005

№ 3 September 2005

Interview mit Gerhard Schröder

Ich bin froh, dass ich in Deutschland, das mich immer die Kraft der Erneuerung und des Aufbaus des Mutes zum Frieden hat, ich kämpfe für eine Gesellschaft, die Freiheit für das Einzelne sowie Solidarität und Sicherheit für alle gewährleistet. ...

Merks Abschied von der Sozialen Marktwirtschaft

Die SPD steht für wirtschaftliches Wachstum und soziale Verantwortung. Angela Merkel und die CDU wollen sich von der Sozialen Marktwirtschaft verabschieden. ...

„Zustimmung steigt“ – Künstler für den Kanzler

Vorlesen, Kritik und Lob – die verbotene soziale Verantwortung von Kunst und Kultur mit Bundeskanzler Gerhard Schröder. ...

Die richtige Richtung

Für Frau Ministerin

Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung. ...

Frauenpolitikerinnen der Union kritisieren das Programm der CDU/CSU

In einem Interview mit der Zeitschrift „Junge“ äußert sich CDU-Fraktionschefin ...

„Kinder, Küche, Kirchhof“

Mit der Nominierung des Steuerministers Paul Kirchhof hat sich Angela Merkel auf einen radikalen Kurs verpflichtet. ...

„Alles zur Kampagne im Internet“

Auf der Homepage der SPD www.spd.de finden sich ...



Angela Merkel und ihr Mann für „Jünglinge“, Paul Kirchhof

Stark für Kultur und Frieden

Der Literaturnobelpreisträger Günter Grass sieht Gerhard Schröder in der Tradition Willy Brandts.



Günter Grass Schriftsteller, Literatur-Nobelpreisträger

Das legierten die Schriftstellerin, Bildung ist jeder Versuch, die Negativität des menschlichen Seins zu überwinden. ...

Die SPD setzt die richtigen Signale!

Viele junge Schriftsteller unterstützen die SPD.

„Als jemand, der in den 80er Jahren groß wurde, habe ich ...“

„Kämpfe bis zum 18. September“

SPD-Partei:gt Motivation und Aufbruch

Mit einer simplifizierten Karte ...

NACHRICHTEN

Schröder in aller Wende vor Merkel

Zweite TV-Diskussion am 12. September



TV-Duell: Klarer Sieger Gerhard Schröder!

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat beim TV-Duell die Mehrheit gewonnen. ...

Deutsche Unterschiede

Der Unterschied zwischen den politischen Richtungen ist deutlich geworden. ...

Kämpfen bis zum 18. September

Mit einer simplifizierten Karte ...

NACHRICHTEN

Schröder in aller Wende vor Merkel

Zweite TV-Diskussion am 12. September

Die Wahlkampfzeitung war ein weiteres wichtiges Instrument zur Information der Wählerinnen und Wählern. Sie erschien in drei Ausgaben in jeweils hoher Auflage und war durch ihren redaktionellen Charakter in der Lage, auch kritische Bürger dazu zu bewegen, sich mit den politischen Inhalten der SPD auseinanderzusetzen.

Während des Wahlkampfes wurde den Wahlkämpfern über die Internet-Seite der SPD und per E-Mail an jedem Werktag ein „Flugblatt des Tages“ zur Verfügung gestellt. Dieses stattete die Wahlkämpfer mit tagesaktuellen Informationen und Argumenten aus. Sie waren in ihrer Gestaltung klar und einfach gehalten, und konnten so auch als einfache Schwarz-Weiß-Kopien oder -Drucke überzeugen.

Weitere Flugblätter, die in konzentrierten Frühverteilkaktionen in Großstädten die Bevölkerung informierten, gab es darüber hinaus zu den Themen „TV-Duell“ und zu Falschbehauptungen von CDU/CSU.

CDU/CSU-Steuerpläne: Kirchhofs Abbruchliste

Das Steuermodell von Kirchhof führt zu Einkommensverlusten in Höhe von rd. 40 Mrd. Euro für die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Das heißt den Staat in den Bankrott. Damit ist kein Staatliche Leistungen müssen massiv auf allen Ebenen eingespart und verlagert werden.

So könnte die Abbruchliste von Kirchhof aussehen:

- auf Bundesebene u.a.**
 - Abbau Baufg
 - Abbau Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung
 - Streichen Ausbau und Neubau von Hochschulen
 - Abbau Wiedererwerbsförderungsleistungen für Arbeitsuchende
 - Streichen Bundeszuschüsse an die kreisübergreifende Bundesmehrwertsteuer
 - Streichen Erziehungsgeld
 - Streichen Wohnzins
 - Abbau Landwirtschaftliche Sozialpolitik
 - Abbau Stromeinkommen
 - Kürzung von Steuerbefreiungen
 - Streichen Bau von Bundesfernstraßen
- auf Länderebene u.a.**
 - Abbau Personalabfuhrungspolizei
 - Abbau Personal in Schulen
 - Abbau Sozialhilfe
 - Abbau ÖPNV
- auf kommunaler Ebene**
 - Schließen von Kindergärten, Kita's, Horte
 - Schließen von Schwimmbädern
 - Schließen von Sportstätten

Das wäre Merkels Haushaltspolitik: Der Staat wird handlungsfähig und arm. Nur Reiche können sich Merkel und einen armen Staat leisten.

Vertrauen in Deutschland. **SPD**

GERHARD SCHRÖDER: MUTIG, KRAFTVOLL, MENSCHLICH.

Gerhard Schröder steht für:

- Soziale Marktwirtschaft:** das bewährte Zusammenspiel von starker Wirtschaft, starker Arbeitnehmerchaft und funktionsfähigem Sozialstaat.
- Faire Steuern:** Menschen mit Höchstehkommen zahlen 3% mehr Einkommensteuer für Bildung und Forschung; die Steuerfreiheit von Feiertags- und Nachtzuschlägen bleibt.
- Arbeitnehmerrechte:** Kündigungsschutz, Mitbestimmung und Tarifautonomie werden nicht angetastet.
- Die Bürgerversicherung:** Die solidarische Krankenversicherung wird ausgebaut. Jeder muss versichert sein, jeder zahlt nach seiner Leistungsfähigkeit.
- Moderne Familien- und Gesellschaftspolitik:** Familien mit Kindern werden gefördert. Deutschland bleibt ein weit-offenes und tolerantes Land.
- Chancengleichheit:** Jeder erhält gerechte Bildungschancen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Keine Studiengebühren, das BAFOG bleibt.
- Eine Energiepolitik ohne Atom,** die auf nachhaltige Energien und Alternativen zum Öl setzt.
- Die Friedensmacht Deutschland,** die verantwortungsvoll und selbstbewusst unsere Interessen vertritt.

Das ist Deutschland sozial bleibt: Am Sonntag beide Stimmen für die SPD!

Vertrauen in Deutschland. **SPD**

DIE ZWEITSTIMME IST SCHRÖDER-STIMME!

Umfrage: 80% sind für die Einrichtung von Ganztagschulen!

Wir haben nach der Wahl 2002 mit dem Ganztagschulprogramm begonnen. Bis 2008 wird die Einrichtung von Ganztagschulen mit insgesamt 4 Mrd. Euro gefördert. Schon jetzt ist klar: Im Schuljahr 2008/09 werden bereits 3.000 Ganztagschulen zur Verfügung. Im kommenden Schuljahr 2009/10 rd. 5.000 und im Schuljahr 2008/09 werden es rd. 10.000 Schulen sein.

Eine breite Mehrheit der Deutschen sieht hinter unserer Bildungspolitik. Das belegt eine aktuelle Forsa-Umfrage zum Thema Ganztagschulen. Die Umfrage zeigt:

- 80% der Befragten sind der Auffassung, dass flächendeckend Ganztagschulen eingeführt werden sollten, damit alle Eltern die Möglichkeit haben, ihr Kind auf eine Ganztagschule zu schicken.
- 68% der Befragten sind der Meinung, dass durch die Mehr an Zeit in einer Ganztagschule die individuelle Förderung der Kinder verbessert wird.
- 85% sind der Auffassung, dass Ganztagschulen helfen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren.
- 71% der Unentschiedenen meinen, dass es in Ganztagschulen eine bessere individuelle Förderung der Kinder gibt.

Befragte mit Hauptschulabschluss setzen am stärksten auf Ganztagschulen, 71% gehen an, dass ein mehr an Zeit in den Ganztagschulen die individuelle Förderung der Kinder verbessert.

Mit Merkel kommt der Ausstieg aus dem Ganztagschulprogramm, zu Lasten der Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern. Merkel stellt für soziale Auslese im Schulsystem.

Mit der SPD wird der Ausbau der Ganztagschulen in Deutschland fortgesetzt. Wir sind für ein Schulsystem, das stärker auf Drückbarkeit, Integration und individuelle Förderung ausgerichtet ist.

Gleiche Bildungschancen für alle.

Vertrauen in Deutschland. **SPD**

PRESSE WIDERLEGT CDU/CSU-LÜGEN:

Die Union behauptet, Arbeitnehmer würden mit der entlassenen Das Handeltblatt über am 9.9.2005... Unentschieden betrifft jeden zweiten Job... Der Abbau von Steuervergünstigungen führt bei Millionen von Arbeitnehmern zu deutlichen Einbußen.

Die Union behauptet, Deutschland versage beim Bürokratieabbau. Das Handeltblatt über am 13.9.2005... Weltweit löst Reformen und Bürokratieabbau in Deutschland, kein Industrieland erzielt so große Fortschritte.

Die Union behauptet, ihr Programm helfe Familien. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung rechnet am 10.3.2005 zum CDU/CSU-Programm vor... „Die Familien sind die Verlierer.“

Die Union behauptet, Deutschland mache keine Fortschritte bei der Bildung. Die Tagesschau meldet am 13.9.2005... OECD sieht Trends in deutschen Bildungswesen. Deutschland holt bei Hochschulabsolventen auf.

Herr Kirchhof behauptet, sein Modell würde Spitzenverdiener belasten. Die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung rechnet am 4.9.2005 vor... „Die Reichen profitieren am meisten.“

Die Union behauptet, keine Wirtschaft mehr zu sein. Die Financial Times schreibt am 12.3.2005... „Unimogles bremsen Wachstum. Experten warnen vor Mehrwertsteuererhöhung 2006.“

Die Union behauptet, dass die Arbeitslosigkeit beginnt jetzt zu sinken. Der Economist stellt am 20.8. fest... „Sogar die Arbeitslosigkeit beginnt jetzt zu sinken.“

Die Süddeutsche Zeitung als kommentiert am 6.9.: „Die neue Unethik der Frau Merkel. Die Kanzlerkandidatin der Union hat Klarheit und Verlässlichkeit zur Maxime ihrer politischen Handlung erklärt. Von ihren eigenen Äußerungen ist sie derzeit aber weit entfernt.“

Das ist Deutschland sozial bleibt. Am Sonntag beide Stimmen für die SPD.

Vertrauen in Deutschland. **SPD** **BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD.**

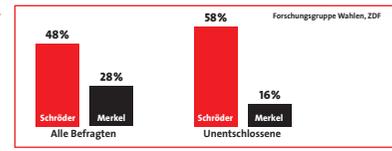
TV-DUELL: KLARER SIEGER GERHARD SCHRÖDER!!!

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat das TV-Duell klar für sich entschieden. Er ist kraftvoll, mutig und nahe bei den Menschen. Das gibt Rückenwind für die Aufholjagd in den kommenden zwei Wochen.

Merkel hat eine kalte Vorstellung geliefert. Sie täuscht und taktiert. Die Pläne von Paul Kirchhof – Kopfsteuer von 25%, Abschaffung der solidarischen Rente und sein konservatives Frauenbild – nannte sie mehrfach „Visionen“. Die unsozialen Folgen dieser „Visionen“ hat Merkel verschwiegen.

- Der Unterschied zwischen den Richtungen ist deutlich geworden.
- Gerhard Schröder macht klar: Das Land muss erneuert und zusammengehalten werden. Das können Sozialdemokraten am besten.
 - Gerhard Schröder vertritt Arbeitnehmerinteressen. Merkel trat auf als eine Lobbyistin für Spitzenverdiener.
 - Gerhard Schröder steht für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Merkel hatte zum Thema nichts zu sagen.
 - Gerhard Schröder steht für Wachstum, Arbeit und Wohlstand. Merkel will die Mehrwertsteuer erhöhen und Arbeitnehmer belasten.
 - Gerhard Schröder hat den Mut zum Frieden. Merkel duckt sich in blinder Gefolgschaft weg.
- Gerhard Schröder führt unser Land in die richtige Richtung.

Die Menschen, die das TV-Duell verfolgt haben, fanden Gerhard Schröder überzeugender, kompetenter und sympathischer.



Wer hat die Menschen mehr überzeugt?

Gerhard Schröder muss Bundeskanzler bleiben. Er kennt die richtige Richtung. Er hat das Format.

KRAFTVOLL. MUTIG. MENSCHLICH. DESHALB: AM 18. SEPTEMBER GERHARD SCHRÖDER WÄHLEN!!!

Vertrauen in Deutschland. **SPD** Jetzt Mitglied werden! www.mitmachen.spd.de

DIE WAHLKAMPFMATERIALIEN

Broschüren



Zusätzliche Informationsmittel im Wahlkampf waren Broschüren, die zur inhaltlichen Vertiefung der SPD-Themen dienten. So gab es das komplette Wahlmanifest der SPD in kompakter Größe und eine Kurzfassung davon mit den 10 wichtigsten Zielen. Weitere Broschüren befassten sich mit unterschiedlichen Themen wie Anerkennung und Sicherheit im Alter, Kulturpolitik der SPD-geführten Bundesregierung und Analyse des Programms des politischen Gegners.



Als weitere Überzeugungshilfen dienten Argumentationskarten. In ihnen waren alle Fakten zu sieben Jahren rot-grüner Regierungspolitik und zu den Zielen des Wahlmanifestes festgehalten. Als kompakteste aller Informationen kam die so genannte „PledgeCard“ zum Einsatz, auf der im Scheckkartenformat die 10 wichtigsten Gründe für die Wahl der SPD aufgeführt waren.



Nicht zuletzt halfen auch kleine Geschenke den wahlkämpfenden Genossen, das Eis zu brechen. Zum wahren Schlager avancierte dabei das rote Armband, das in einer Auflage von 280.000 Stück den Weg zu vielen Bürgerinnen und Bürgern fand. Weitere Give-Aways: ein für die Kandidaten personalisierbarer Fußballplaner für die kommende Spielzeit und verschiedene Aufkleber.

Und Kampa-intern sorgten der Button mit dem Spitznamen des Kanzlers aus aktiven Fußballzeiten – „Acker“ – und der Button mit dem stilisierten Terrier – Spiegel-Online hatte die SPD-Wahlkämpfer als solche bezeichnet – immer wieder für neue Motivation.



DIE WAHLKAMPFTOUR

Ab dem 13.08. nahm mit dem Beginn der Wahlkampftouren die Intensität des Wahlkampfes für die Spitzenakteure der Partei noch einmal drastisch zu.

Der Auftakt fand in Hannover, der Heimatstadt von Bundeskanzler Gerhard Schröder statt. Unterstützt von Franz Müntefering und weiterem Spitzenpersonal der SPD trat der Bundeskanzler vor 10.000 begeisterten Zuschauern auf. Wie sich zeigte, wurde selbst diese beeindruckende Zahl im Laufe der Touren regelmäßig überboten. Am letzten Samstag vor der Wahl konnte auf dem

Opernplatz in Frankfurt der Höchststand vermeldet werden: 18.000 Zuschauer wollten den Bundeskanzler reden hören.

Bis zum Wahltag meisterten Gerhard Schröder und Franz Müntefering in einer unglaublichen Energieleistung insgesamt 60 Großveranstaltungen vor über 300.000 Menschen. Dieser gewaltige Zuspruch stand ganz offensichtlich im Gegensatz zu den vielen schlechten Meinungsumfragen der SPD und sorgte auch durch die mediale Kommentierung mit für die Wende im Wahlkampf zugunsten der Partei.

Bisher beispiellos in ihrer Professionalität und wichtigste Voraussetzung für den Erfolg dieser Touren waren die perfekte Organisation und Gestaltung des ganzen Umfeldes.

Großer Dank gilt auch den Musikern (u.a. Jazz Kantine, Roland Kaiser, Die Prinzen) und Prominenten (u.a. Günther Grass, Ottfried Fischer?) die mit ihren Auftritten ihre Unterstützung für die SPD bekundeten.





DAS FEST ZUR WAHL:

Freitag, 16. September, ab 18 Uhr, Gendarmenmarkt.

GERHARD SCHRÖDER, FRANZ MÜNTEFERING. JAZZKANTINE

+ SPECIAL GUESTS:

- am 16. zum Gendarmenmarkt kommen
- am 17. Jazzkantine
- am 18. SPD wählen
- am 19. freuen, dass unser Land sozial bleibt

SPD
Bitte ausreichend wählen.

Infos unter www.spd.de

www.spd.de

UNTERSTÜTZER-/WAHLINITIATIVEN UND TESTIMONIALS

WAHLAUFRUF: SOZIALE DEMOKRATIE UND VERANTWORTUNG VERBINDEN

Als Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschaften stellen wir uns in Betrieben und Verwaltung gegenüber täglich den Herausforderungen, um denen Deutschland steht. Wir versuchen Veränderung mit Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Arbeit mit Innovation und Teilhabe mit Verantwortung zu verbinden. Das sind für uns auch die Maßstäbe, an denen wir die unterschiedlichen politischen Konzepte messen.

Aus unserer Sicht hat die soziale Bundesregierung in den letzten Jahren einen wesentlichen Erfolg: Die Vermögensfrage, um denen Deutschland steht, und die Bürgerentscheidung waren erfolgreich, allerdings auch Entscheidungen, die in falsche Richtung weisen und den Arbeitsmarkt belasten. Die große Entscheidung für uns ist, dass in sozialen Jahren ein großer Schritt im Sinne der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erfolgt.

Wenn wir heute dafür stehen, bei der Bundestagswahl im Herbst die SPD und damit den Weg der sozialen Demokratie zu unterstützen, dann aus fünf Gründen:

- 1. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die auf engagierte und motivierte Arbeitsnehmerinnen und Arbeitnehmer setzt und die den Kündigungsschutz, die Mitbestimmung und die Tarifautonomie als Pfeiler der sozialen Demokratie verteidigt und nicht nur, wie CDU/CSU und FDP geplant, zu verstaatlichen will.**
- 2. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die wesentlichen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**
- 3. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die sozialen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**

Wenn CDU/CSU die plänen, Einkommensschwächere gezielte zu behandeln wie Krankenschwestern, dann ist das ungemüht.

Unterstützende		Mittler		Zusätzlich	
Abdullah Gül	Mehmet Özgen	Christoph Müller	Ali Wegmann	Arif Güngör	Erkan Özdemir
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller

ARBEITNEHMERINNEN UND ARBEITNEHMER FÜR SOZIALE DEMOKRATIE

Am 18. September 2005 finden Neuwahlen zum Deutschen Bundestag statt. Unser Land steht vor einer Richtungsentscheidung.

- 1. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die Binnennachfrage ankurbelt, indem sie die Finanzierung von Start-up und Familienunternehmen stärkt, indem sie die Bürgerentscheidung stärkt und die Vermögensfrage, um denen Deutschland steht, und die Bürgerentscheidung waren erfolgreich, allerdings auch Entscheidungen, die in falsche Richtung weisen und den Arbeitsmarkt belasten.**
- 2. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die wesentlichen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**
- 3. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die sozialen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**

Wir brauchen eine Regierung, die sich um die vielfältigen Herausforderungen stellt und so im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handelt. Deshalb unterstützen wir bei der Bundestagswahl im Herbst bewusst und kritisch die SPD und werden dafür, dass andere dies auch tun.

Unterstützende		Mittler		Zusätzlich	
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller

Auch viele Prominente engagieren sich im Wahlkampf für die Partei und für Bundeskanzler Gerhard Schröder. Auf Wahlkampfplätzen, im Fernsehen, mit Videobotschaften im Internet und ebenfalls in Anzeigen.

Für einen klaren Ansatz

Unter Land braucht mehr existenzsichernde Arbeitsplätze. Es ist schon richtig: sozial, weil Arbeit schafft, gute Arbeit muss gerecht entlohnt werden. Wir begrüßen die Kandidatur der SPD, das Arbeitnehmerschutzgesetz auf alle Branchen auszuweiten und einen gesetzlichen Mindestlohn in den Branchen einzuführen. In denen es keine Tarifstrukturen gibt.

Die anderen stehen für eine Politik gegen die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie popponieren die Abschaffung des Kündigungsschutzes in 90% der Betriebe und die Zerschlagung der Flächentarifverträge. Sie wollen die Mitbestimmung, Kündigungs- und Lohn-führungsverbote beseitigen. Eine solche Politik schürt die Entfremdung der öffentlichen Institutionen. Auch die sehr hohen Einkommen müssen wieder stärker einen Beitrag zur Finanzierung unserer Gemeinwesen leisten.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen verteidigte Arbeitsbedingungen. Dazu gehören für uns und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei uns auch unverzichtbar ein verlässlicher Kündigungsschutz, Flächen-tariftverträge und Tarifautonomie, sowie die Mitbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Betriebs- und Aufsichtsräte.

Für Mitbestimmung und Arbeitnehmerschutz

Einmal Oppenrich
Wolfgang Jünge
Hans-Jürgen Meyer
Diana Marx
Hilmiyeh Seyranlou
Wolfgang Jünge
Hans-Jürgen Meyer
Diana Marx
Hilmiyeh Seyranlou

- 1. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die wesentlichen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**
- 2. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die sozialen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**
- 3. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die wesentlichen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**

Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit wird es auch im Zukunft nur mit einer starken SPD und einem Bundeskanzler Gerhard Schröder geben. Deshalb bitten wir uns am 18. September für die Wahl der SPD ein.

- 1. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die wesentlichen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**
- 2. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die sozialen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**
- 3. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die wesentlichen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**

Unterstützende		Mittler		Zusätzlich	
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller

Weitere Unterstützende können sich melden bei: Willi Hilgert, Willebrandstraße 24, 14057 Berlin, will.hilgert@spd.de

Für die SPD und soziale Gerechtigkeit wird es auch im Zukunft nur mit einer starken SPD und einem Bundeskanzler Gerhard Schröder geben. Deshalb bitten wir uns am 18. September für die Wahl der SPD ein.

- 1. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die wesentlichen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**
- 2. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die sozialen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**
- 3. Gerade jetzt brauchen wir eine Politik, die die wesentlichen Konzepte sozialrechtlicher Recht, sondern die die gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherungen zu Bürgerentscheidungen umschließt und deren Solidität sichert.**

Unterstützende		Mittler		Zusätzlich	
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller
Arif Güngör	Christoph Müller	Ali Wegmann	Erkan Özdemir	Arif Güngör	Christoph Müller

Weitere Unterstützende können sich melden bei: Willi Hilgert, Willebrandstraße 24, 14057 Berlin, will.hilgert@spd.de

Am 18. September geht es um eine Richtungsentscheidung

Als Betriebsräte, Personalräte und Gewerkschaften stellen wir uns in Betrieben und Verwaltung gegenüber täglich den Herausforderungen, um denen Deutschland steht. Wir versuchen Veränderung mit Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Arbeit mit Innovation und Teilhabe mit Verantwortung zu verbinden. Das sind für uns auch die Maßstäbe, an denen wir die unterschiedlichen politischen Konzepte messen.

FÜR EINE STARKE SPD

Wir brauchen eine Regierung, die sich um die vielfältigen Herausforderungen stellt und so im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handelt. Deshalb unterstützen wir bei der Bundestagswahl im Herbst bewusst und kritisch die SPD und werden dafür, dass andere dies auch tun.

Die SPD erhielt große Unterstützung von unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung. Sie engagierten sich persönlich im Wahlkampf und traten für die Ziele und Werte der Partei ein. Auf der Strasse, bei Wahlkampfveranstaltungen, aber auch, wie hier anhand von ausgewählten Beispielen gezeigt, in diversen Anzeigen.

Wir brauchen eine Regierung, die sich um die vielfältigen Herausforderungen stellt und so im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handelt. Deshalb unterstützen wir bei der Bundestagswahl im Herbst bewusst und kritisch die SPD und werden dafür, dass andere dies auch tun.

Für Bundeskanzler Gerhard Schröder

Für Bundeskanzler Gerhard Schröder engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger in Initiativen, Aufrufen und Einzelaktivitäten. Sie alle haben den Wahlkampf bereichert. Jede und jeder hat ihre bzw. seine ganz persönlichen Gründe. Was aber alle ein, ist das gemeinsame Ziel: Gerhard Schröder muss auch nach dem 18. September Bundeskanzler in Deutschland bleiben.

Ich wähle Schröder,

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

360 VON VIELEN

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

weil er die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt seiner Politik stellt.

Mutig und standhaft für nötige Reformen

Unterstützende: Stefan Schmeider, Klaus Kroll

KOMMEN SIE WÄHLEN!



Wie in 2002 hat die SPD auch im Bundestagswahlkampf 2005 den innovativsten Online Wahlkampf geführt. Mit klarer Strategie und innovativen Formaten war sie dem politischen Gegner deutlich überlegen.

PLATTFORMEN

www.spd.de

Mit neuer Struktur, einem emotionalen Design, abgestimmt auf das übergreifende Kampagnen-Layout, attraktiven Inhalten (Unterstützer-Galerie mit Fotos und Videos, Video-Botschaften des Parteivorsitzenden, Banner, E-Cards, sowie ständig aktuelle Nachrichten) war spd.de die zentrale Anlaufstelle der SPD im Online-Campaigning.

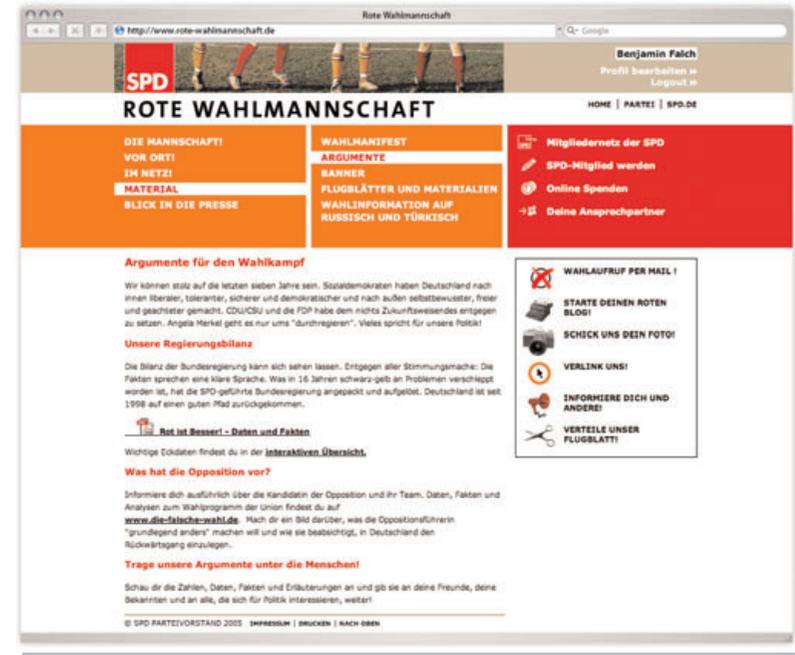


www.gerhard-schroeder.de

Die Seite des Bundeskanzlers wurde in Anlehnung an das neue Kampagnen-Layout einem Relaunch unterzogen. Neben seiner Vita und Standpunkten zu den zentralen politischen Themen gab es auf der Seite unter anderem auch eine Foto-Dokumentation der Gerhard Schröder Tour. Mitarbeiter vor Ort verschickten Handy-Fotos per MMS an eine vorgegebene E-Mail-Adresse. Die Fotos wurden automatisch in die Seite integriert.

www.rote-wahlmannschaft.de

Über 15.000 freiwillige Wahlkampfshelfer wurden über die Community-Plattform „Rote Wahlmannschaft“ betreut und in den Wahlkampf integriert. Die „Rote Wahlmannschaft“ bildete das kommunikative Dach für eine Vielzahl regional aktiver Teams. Im Mitglieder-Bereich auf der Website fanden die freiwilligen Wahlkämpfer Tipps und exklusive Materialien für den Wahlkampf vor Ort.



DER ONLINE-WAHLKAMPF

WEBLOGS

Weblogs (Online-Diskussionsforen, bzw. digitale Tagebücher) waren ein wichtiges Thema im Online Wahlkampf. Mit einer umfassenden Blog-Strategie hatte die SPD dieses innovative Zukunftsfeld besetzt. Als Experiment gedacht, wurde die Umsetzung zu einem vollen Erfolg und verschaffte der Partei einen Zuwachs an „digitaler Reputation“ in der Netz-Community.

Rote Blogs

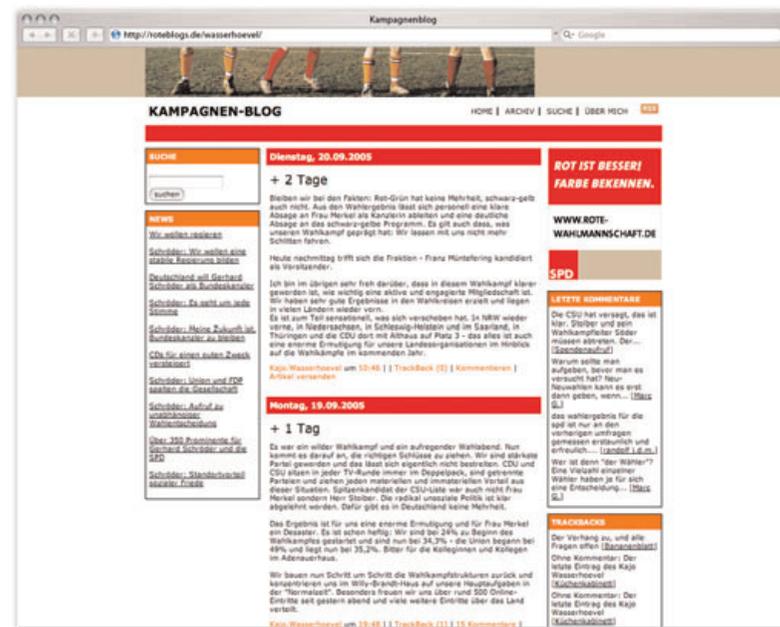
Mit den Roten Blogs konnten alle Mitglieder der „Roten Wahlmannschaft“ ein eigenes Wahlkampf-Tagebuch führen.

Kampagnenblog

Auch der Parteivorstand nutzte die Roten Blogs. Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel schrieb täglich in sein „Kampagnenblog“. Wahlkämpfer vor Ort schickten an den Aktionstagen per MMS Fotos an das Mobile Blog roteblogs.de/aktionstag.

PODCAST

In der heißen Wahlkampfphase spielte das Thema Podcast (das Veröffentlichen von Audiodateien via Internet) eine wichtige Rolle. Mit spd-podcast.de erhielt die SPD auch seitens der Medien große Aufmerksamkeit. Bei den Nutzern kam das Angebot mit exklusiven O-Tönen ebenfalls gut an: Zeitweise stand der SPD-Podcast in den Charts von iTunes (wichtigste digitale Hitliste) auf Platz 7.





ROTE BOX

Die Rote BOX war ein mobiles Aufnahme-Studio von der Größe einer Telefonzelle. Gesteuert durch die Jungen Teams tourten während des Wahlkampfes insgesamt drei Rote BOXEN durch die gesamte Bundesrepublik. Interessierte Bürgerinnen und Bürger konnten in der Roten BOX ein Statement zur Wahl abgeben, das auf Video aufgezeichnet wurde. Die Verknüpfung von On- und Offline-Kampagne gelang

mit diesem Instrument in beispielhafter Weise, denn: Die besten Video-Botschaften aus der BOX wurden einige Tage später per Video im Internet veröffentlicht.



ONLINE-MARKETING

Online-Werbung hat seit 2002 massiv an Bedeutung gewonnen. Banner unterschiedlichster Formate wurden zum einen zur internen Vernetzung der unterschiedlichen SPD Websites genutzt.

Zum anderen wurden Bannerkampagnen auf bekannten Nachrichten- und General-Interest-Portalen wie Spiegel Online, Netzeitung, freenet und web.de geschaltet.

Auch eine auf Wahlkreisebene regionalisierte Bannerkampagne für die Direktkandidaten der SPD bei web.de gehörte zum Portfolio.



INFORMATION UND MOBILISIERUNG

HOTLINE

Die Hotline war von Anfang Juni bis zum 18. September die zentrale Anlaufstelle für alle Fragen des Wahlkampfes. Auch ca. 45.000 Mailanfragen wurden hier bis zum 18. September bearbeitet.

Mit dem Kampagnen-Informationssystem KIS verfügte die Hotline dabei über ein modernes Datenbanksystem zur Erfassung aller Wahlkampfaktivitäten und zur Optimierung des Wahlkampfes in den Wahlkreisen.

2005 | KAMPA IM WBH

HOTLINE:
SPD 0180 500 24 97*

Fax: 030 25991 346 E-Mail: wbh-kampa@spd.de
 *0,12 € pro Minute bundesweit

SPD KAMPAGNEN INFORMATION SYSTEM

Wahlkreise

Wahlkreis	SPD	CDU	Grüne	Linke	BSG	Wahlberechtigte
Wahlkreis 1	35,2%	48,7%	14,2%	1,9%	0,0%	100,0%
Wahlkreis 2	32,1%	45,3%	18,5%	2,1%	0,0%	100,0%
Wahlkreis 3	28,5%	42,8%	21,0%	7,2%	0,0%	100,0%

DIRECT MAILING

Erstmals wurden im Wahlkampf alle Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer mit registrierter Mailadresse per Direct-Mailings informiert. Mehr als 700.000 Mails wurden in den letzten vier Wochen vor der Wahl personalisiert verschickt, die Antworten wurden bearbeitet und ausgewertet.

Noch 3 Tage bis zur Bundestagswahl - Wählen gehen!

WÄHLEN GEHEN

SPD
Vertrauen in Deutschland.

WIR SIND SICHER:
Unser Ziel ist richtig - Soziale Demokratie: Arbeit, Sicherheit, Menschlichkeit. Und wir sind auf dem richtigen Weg - wir erneuern Deutschland Schritt für Schritt und wir halten das Land zusammen. Sozialer Fortschritt ist möglich.

WIR WISSEN:
Gerhard Schröder ist der richtige Bundeskanzler für diese schwierige Aufgabe.

WIR HABEN VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND.

Liebe Firstname,

in den nächsten Tagen und Stunden bis zur Bundestagswahl kommt es darauf an, noch mal die ganze Kraft einzusetzen und bis zur Schließung der Wahllokale am Sonntag um 18.00 Uhr für Gerhard Schröder und für die SPD zu kämpfen.

Wir haben das überzeugendere Programm und einen kraftvollen Kanzler. Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger will, dass Gerhard Schröder Kanzler bleibt und unser Land sozial gerecht regiert wird.

Es geht um viel am Sonntag. Merkel und Westerwelle wollen den Bruch mit den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft - sie orientieren sich an einem angelsächsischen Modell. Wir wollen eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft.

Merkel/Kirchhof: radikal unsozial!

Viele Wählerinnen und Wähler haben noch nicht entschieden, ob sie zur Wahl gehen werden. Es kommt jetzt darauf an, dass bis in den nächsten Stunden dabei hilft, die Aktionen dieses...

TELEFONWAHLKAMPF

Über 100 Wahlkreise führten, unterstützt durch ein neues, webbasiertes Datenbanksystem über 500.000 Telefonate mit Bürgerinnen und Bürgern. Für die Nachwahl in Dresden wurden zusätzlich weitere 10.000 Telefonate geführt.

WAHLCAFÉ

In der Zeit des Wahlkampfes war im Willy-Brandt-Haus ein Wahlcafé installiert. Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses informierten Interessierte persönlich oder mit Hilfe von Wahlkampfmaterialien. Vier Internetzugänge machten den Besuch auf den Wahlkampfplattformen der SPD möglich. Auch verschiedene Events fanden hier statt. So z.B. ein Kickerturnier. Und natürlich gab es im roten Café auch schwarzen Espresso.

Das SPD-Wahlcafé im Willy-Brandt-Haus:
MEINUNG BILDEN, MEINUNG RAUSLASSEN.

Ab dem 10.08. öffnen sich die Pforten unseres Wahlcafés. Hier kann sich jeder über uns und unser Programm informieren. Mit Hilfe von **4 kostenlosen Internetzugängen** oder einfach durch unser Material vor Ort.

Wer sich eine Meinung gebildet hat, kann sie uns in unserer „Roten Box“ auch gleich sagen und per Video aufzeichnen lassen. Die meisten dieser Botschaften sind dann wenig später im Netz unter www.die-rote-box.de abrufbar.

Bei all dem wollen wir aber nicht vergessen: Man bekommt einen **guten Kaffee** - und wenn es unbedingt sein muss, auch einen schwarzen.

Montag - Freitag geöffnet von 10.00 Uhr - 18.00 Uhr
 Das SPD-Wahlcafé im Willy-Brandt-Haus
 Wilhelmstraße 141
 10963 Berlin-Kreuzberg
 Nähe U-Bahnhof-Haltestelle Hallesches Tor

ACKER CUP
 DAS KICKER-TURNIER IM SPD-WAHLCAFÉ

SPD
Vertrauen in Deutschland.

„Sind die schon wieder alle bei der SPD?“

WETTBEWERBSBEOBACHTUNG

Eine eigene Abteilung innerhalb der Kampa kümmerte sich um die Beobachtung und Auswertung von Aussagen und Programmen der politischen Gegner. Ihre Analysen hatten Einfluss auf die gesamte Strategie des Wahlkampfes und flossen in unterschiedlichste Kommunikationsmittel ein. Ein Beispiel von vielen ist die Internetseite www.die-falsche-wahl.de



ROTE BUSSE

Zur Unterstützung der Wahlkämpfer vor Ort wurden besonders in Ostdeutschland zusätzliche mobile Wahlkampfstände zur Verfügung gestellt: die roten Busse.

Die Teams dieser Aktionsbusse wurden vor ihrem Einsatz speziell für den Straßenwahlkampf geschult.



JUNGE TEAMS

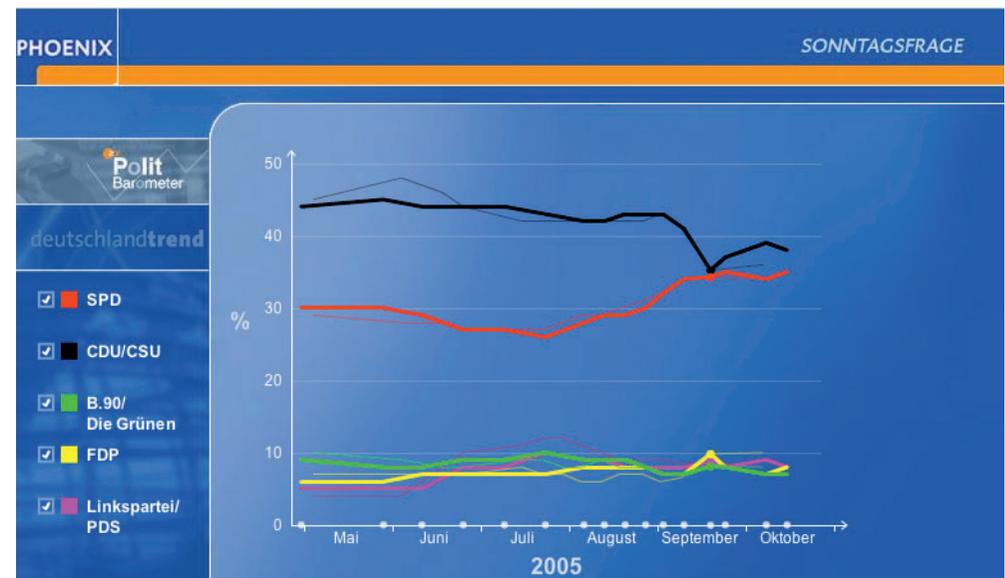
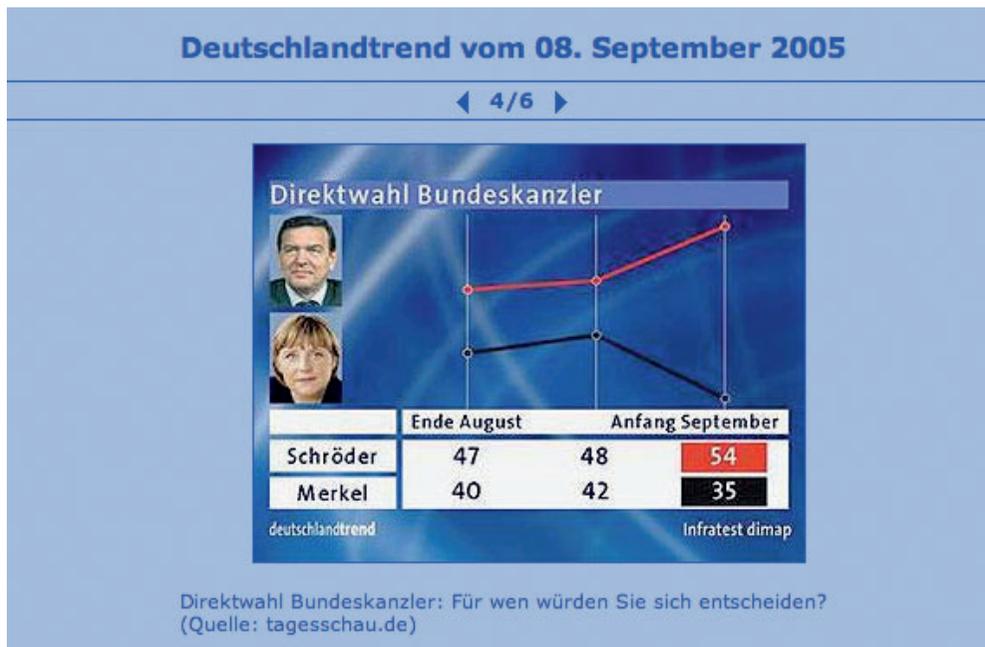
Die jungen Teams waren ein weiterer Aktivposten im Wahlkampf: schnell, motiviert und kreativ setzten sie sich durch unterschiedlichste Maßnahmen für die Ziele der SPD ein. Von Anti-Atomkraft-Aktionen, über Präsenz und Unterstützung bei unzähligen SPD-Kundgebungen bis hin zu einer Demonstration in Angela Merkels Wahlkreis. Nicht zuletzt die jungen Teams sorgten mit dafür, dass die SPD bei der Bundestagswahl klarer Sieger bei den Jungwählern wurde.



DAS ERGEBNIS

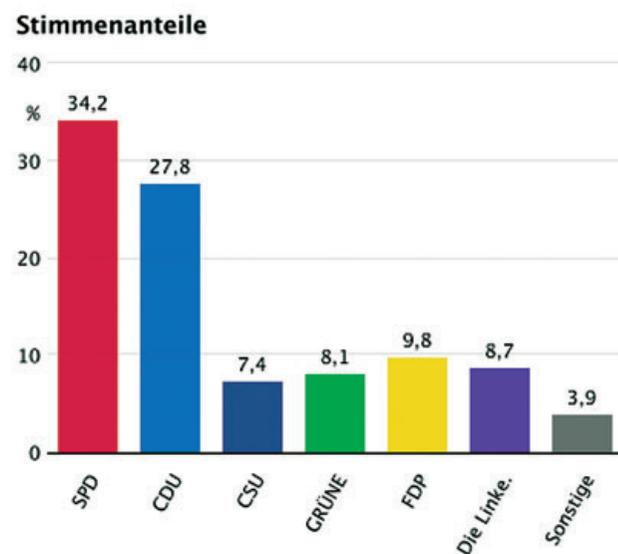
DIE SPD KONNTE DEN ABSTAND ZU CDU/CSU INNERHALB VON NUR DREI MONATEN NAHEZU AUSGLEICHEN:

- Im Vergleich zum Kampagnenstart Mitte Juni verbesserte sich die SPD von unter 26% auf 34,2%.
- Der Abstand zwischen Schwarz/Gelb und Rot/Grün sank von 22% (55%:33%, Forsa 22.6.05) auf tatsächliche 2,6%.
- Edmund Stoiber blieb in Bayern und Angela Merkel schlecht gelaunt.
- Gleichzeitig sank die Union von 49% auf 35,2%.
- Und die SPD ist die stärkste Partei in 12 von 16 Bundesländern.



**BUNDESTAGSWAHL 18. SEPTEMBER 2005
STÄRKSTE PARTEI IN DEN BUNDESLÄNDERN:**

ENDGÜLTIGES ERGEBNIS DER BUNDESTAGSWAHL 2005, DARSTELLUNG DES BUNDESWAHLEITERS.



Quelle:
www.bundeswahlleiter.de/bundestagswahl2005/ergebnisse/bundesergebnisse/grafik_stimmenanteile_99-2.html



SPD: 12 **CDU: 3** **CSU: 1**